Nr. 95. Halle (Saale), Donnerstag, den 24. April 1919. 30. Jahrg.

Bezugspreis: Monatl. 1,70 Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich 1,20 Mk., vierteljährl. 3,6 Mk. für Zustellung durch Postbote: monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgebühr extra.
Erscheinungsweise: Jeden Werktag, nachmittags.
Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44.
Geöffnet von 9½ morgens bis 5 Uhr nachmittags.
Fernsprechanschluß Nr. 1047.
Postscheckkonto: Leipzig Nr. 1618.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Seekreise.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene, 30 mm breite Kolonelzeile kostet 40 Pfg. Der Preis für die 82 mm breite Reklamezeile beträgt 1,50 Mk. Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr. 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag. Fernspr. Nr. 1047.

Um was geht es am Sonntag?

Die Stadtverordnetenwahlen in Halle

müssen am kommenden Sonntag erneut vorgenommen werden. Daß die am 2. März gewählte Stadtverordnetenversammlung für ungültig erklärt wurde, das haben wir in erster Linie dem kapitalistischen Bürgertum von Halle zu verdanken. Es rief die Noskegarden in die Stadt, um den Streik der Arbeiter

mit Maschinengewehren und Handgranaten niederzuzwingen. Die Folge davon waren Ausschreitungen, Plünderungen und wilde Schießereien. Durch die Schießereien wurde auch der ordnungsmäßige Verlauf der Stadtverordnetenwahlen zum Teil gestört; in einzelnen Fällen wurde die Ausübung der Wahl durch den passiven Widerstand bürgerlicher Wahlvorstände verhindert.

Als daraufhin die Wahlen für ungültig erklärt wurden, schrieb ein bürgerliches Blatt, daß der neue Wahlkampf mit äußerster Heftigkeit entbrennen würde. Und in der Tat: das Ringen am nächsten Sonntag wird heiß werden. Die bürgerlichen Parteien machen im geheimen die größten Anstrengungen, die Mehrheit im Stadthause an sich zu bringen. Ihr Ziel ist, wie die Saale-Zeitung offen eingesteht,

das Zustandekommen einer Mehrheit der Unabhängigen Sozialdemokratie zu verhindern.

Darauf ist all ihr Streben gerichtet. Sie wissen ganz genau, daß ihre frühere

Klüngel- und Cliquenwirtschaft im Stadthause

nur durch die Sozialdemokratie ernsthaft bedroht ist. Dieses Bewußtsein ist den bürgerlichen Herrschaften besonders deshalb schmerzlich, weil sie sich durch die dem Allgemeinwohl dienende sozialdemokratische Gemeindepolitik vor allem an ihrem Geldbeutel am empfindlichsten getroffen fühlen.

Früher wurde ihr Geldbeutel gleich durch das Dreiklassenwahlrecht geschützt, das ihnen außerdem noch besondere Vorrechte als Haus- und Grundbesitzer einräumte.

Damit hat die Revolution aufgeräumt. Darob sind die Hausbesitzer ganz geknickt. Sie vermögen sich noch immer nicht in die veränderten Zeitverhältnisse zu schicken und sehen ihre heiligsten Besitzinteressen in Gefahr. Bei irgendeiner bürgerlichen Gruppe, z. B. bei den Deutsch-„Demokraten", sahen sie sich noch nicht genügend gewahrt, und so beteiligen sie sich diesmal mit einer eigenen Liste an den Stadtverordnetenwahlen. Sie machen verzweifelte Anstrengungen, um ihren alten Einfluß zurückzugewinnen. Umsonst, natürlich. Aber gerade das hartnäckige und zähe Ringen der Hausbesitzer um alte Vorrechte zeigt mit voller Schärfe und Klarheit

die außerordentliche Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen.

Mit kindlicher Unschuldsmiene „bedauern" die Führer und Zeitungen der bürgerlichen Parteien ihren Wählern und Lesern gegenüber, daß nunmehr auch „die Politik" in die Gemeindevertretungen einziehe. Sie wollen damit bei den gedankenlosen Volksgenossen den Glauben erwecken, als ob bei den Beratungen und Entschließungen des alten städtischen Parlaments nur das „Gemeinwohl" aller Bürger der entscheidende Gesichtspunkt gewesen wäre.

Gerade das Gegenteil war jedoch der Fall.

Warum war das so?

Die unteren, die besitzlosen Volksschichten hatten hier so gut wie gar keine Vertretung. Die Geldsackmänner, die Besitzenden, und hier wieder in erster Linie die Hausbesitzer, benützten die Vorrechte und die Macht, die ihnen das Dreiklassenwahlrecht sicherte, in der Hauptsache zur Wahrung von Vorteilen und Nutzen der besitzenden und herrschenden Klassen. Den überzeugendsten Beweis dafür liefert in hervorstechendster Weise gerade die Behandlung der Wohnungsfrage.

Das furchtbare Wohnungselend,

das in allen deutschen Großstädten und besonders auch in der Stadt Halle herrscht, ist vornehmlich auf diese

einseitige und selbstsüchtige Interessenpolitik

zurückzuführen. Am schlimmsten haben die armen und ärmsten Bevölkerungsschichten darunter zu leiden. Tausende der Armen und Aermsten müssen in elenden, dumpfen und ungesunden Kellerlöchern oder in zugigen Dachwohnungen hausen, und andere Hunderte wissen überhaupt nicht, wo sie unterkommen sollen. Die Reichen und Bemittelten aber wohnen in luxuriös eingerichteten Villen. Wohnungen von zehn und mehr Zimmern sind bei den Herrschaften die Regel. Der drückende Wohnungsmangel lieferte die besitzlosen Mieter der

Ausbeutung durch die Hausbesitzer

rücksichtslos aus. Die Hausbesitzer haben durch ihre Uebermacht in dem alten Stadtparlament die Durchführung der so dringenden städtischen Wohnungsreform mit allen Mitteln verhindert und sich dem so notwendigen

Bau von Kleinwohnungen durch die Stadt

stets aufs heftigste widersetzt.

Diese Klüngelwirtschaft möchten die Herrschaften auch in der neuen Stadtverordnetenversammlung fortsetzen. Das ist der einzige und ausschließliche Zweck ihrer selbständigen Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen. Sie wollen damit also gleichzeitig eine doppelte Vertretung ihrer Sonderinteressen im Stadthause; denn außerdem sind auch alle bürgerlichen Stadtverordnetenfraktionen mehr oder weniger noch hausbesitzerfreundlich.

Alle diese Tatsachen zeigen aber auch sinnfällig, was es mit dem Gerede dieser Leute von der Verhinderung der „Politisierung" des Stadtparlaments im Grunde auf sich hat. Es ist nicht als

eine plumpe Täuschung

unaufgeklärter Wählermassen, und dahinter verbirgt sich das ungeteilte Besitz- und Machtinteresse. Aber bei den denkenden Wählern und Wählerinnen in der Arbeiterschaft werden diese plumpen Schliche und Kniffe nicht mehr verfangen. Allein die Unterlassungen und Sünden der alten bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit widerlegen schon diese durchsichtigen Phrasen, deren sich alle bürgerlichen Parteien bedienen, die jetzt gegen die Unabhängige Sozialdemokratie im Wahlkampfe stehen.

Jeder auch nur einigermaßen politisch unterrichtete Wähler weiß, daß es sich auch bei den Stadtverordnetenwahlen um einen

Klassen- und Machtkampf

handelt. Sowiele Gruppen und Gruppchen scheinbar auch im bürgerlichen Lager auftreten: im Grunde stehen einander doch zwei geschlossene Heerlager gegenüber:

Die Kapitalismus! — Die Sozialismus!

Und ein Hüben, ein Drüben nur gilt! Das Ziel aller kapitalistischen Parteien ist: Aufrechterhaltung des Bestehenden, der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die auf Ausbeutung und Unterdrückung der besitzlosen Volksmassen aufgebaut ist. Die Unabhängige Sozialdemokratie dagegen bekämpft jegliche Knechtung des Menschen durch den Menschen; sie tritt ein für

vollste politische, soziale und vor allem wirtschaftliche Freiheit und Gleichheit

aller Glieder der Gesellschaft. Dieses Ziel läßt sich nur erreichen durch

Beseitigung des Kapitalismus,

durch Ueberführung des Privateigentums an Grund und Boden und an Produktionsmitteln in Gesellschaftseigentum. Dazu ist

die Sozialisierung

aller dazu geeigneten Betriebe unerläßliche Vorbedingung. Doch davon will im Ernste keine bürgerliche Partei etwas wissen. Sie alle wollen im Besitze, d. h. in der Macht bleiben. Die Arbeiterklasse soll nach wie vor

Reichtümer für die Kapitalisten schaffen.

Gegen diese ungeheuerliche Zumutung gilt es, sich auch bei den Stadtverordnetenwahlen zu wehren, und das gibt ihnen ihre hochpolitische Bedeutung.

Bei der Sozialisierung im Reiche hat die „sozialistische" Regierung vollständig versagt; sie ist nichts als der Schleppenträger und der willfährige Sachwalter des kapitalistischen Bürgertums. Von einer solchen Regierung hat die Arbeiterklasse nichts zu erwarten. Daher muß sie selbst handeln. Das kann sie überall da, wo Aussicht auf eine sozialdemokratische Mehrheit besteht: in den Stadtparlamenten. In den Städten und Gemeinden gibt es viele Möglichkeiten zur Sozialisierung und Kommunalisierung. Aber nur eine

unabhängige sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit

wird hier tatkräftig Hand anlegen. Was hier alles zu geschehen hat und welche Wege eingeschlagen werden müssen, das hat die unabhängige Sozialdemokratie gleich in der ersten Sitzung der aufgelösten Stadtverordnetenversammlung in klaren Richtlinien fest umrissen.

Dieses Programm kann aber nur verwirklicht werden, wenn

die bürgerliche Vorherrschaft in der Stadtstube gebrochen

wird. Die Wähler und Wählerinnen der nichtbesitzenden Klassen, die Arbeiter, Arbeiterinnen, die Angestellten, kleinen Beamten, Kleingewerbetreibenden usw. können sie brechen, wenn sie den festen Willen dazu haben. Denn sie bilden die große Mehrzahl der Wähler und zugleich den wichtigsten und unentbehrlichsten Teil der Volksgemeinschaft. Tun sie es nicht, wählen sie nicht sozialdemokratisch, oder bleiben sie der Wahl fern, so versündigen sie sich nicht nur aufs schwerste an ihren eigenen Interessen, sie versündigen sich auch an ihrer Klasse, an dem Volksganzen. Schmach und Schande lädt jeder besitzlose Wähler, jede besitzlose Wählerin auf sich, die hier ihre Pflicht versäumt. Für einen klassenbewußten und kämpfenden Arbeiter darf es das Wort „Wahlmüdigkeit" nicht geben! Es ist doch wahrlich kein Opfer, eine halbe Stunde Zeit zur Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels aufzuwenden! Einem arbeitenden Volksgenossen, der erkannt hat, daß ihn nur der Sozialismus aus dem Elend der kapitalistischen Ausbeutung erlösen kann, sollte man überhaupt nicht mehr zur Erfüllung seiner Wahlpflicht mahnen müssen! Alle die Wähler und Wählerinnen des Arbeiterstandes aber, die nachlässig und saumselig mit dieser Pflicht umgehen, sollten sich sagen, daß sie

pflichtvergessen und verantwortungslos

handeln!

Der Kampf wird diesmal besonders hart und erbittert werden. Die bürgerlichen Parteien werden auch den letzten Mann aufbieten, um den Sieg an ihre Fahne zu heften. Sie wissen, um was es geht, sie wissen, daß am Sonntag auf drei Jahre über das Geschick, über das Wohl und Wehe der Stadt Halle entschieden wird. Jede Saumseligkeit der Wähler aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen kann sich da bitter rächen. Dessen mögen alle Arbeiterwähler eingedenk sein und sie mögen danach handeln! Keine Stimme ist entbehrlich. Alle Kräfte müssen bis zum äußersten angespannt werden, damit am Sonntag siege die Unabhängige Sozialdemokratie,

die Liste Hennig.

Schüler und Schülerinnen als Retter!

Die sogenannte Deutsch-demokratische Partei richtet eine herzbrechende öffentliche Bitt an „erwachsene Schüler und Schülerinnen" zur Hilfe bei den Wahlarbeiten. Das arbeitende Volk ersieht daraus, wie intensiv die bürgerlichen Hausbesitzer- und Interessenten-Parteien arbeiten. Bisher schrien dieselben Leute, die Sozialdemokratie verhetze die Jugend, indem sie sie in den „Strudel der Politik" reiße. Heute treiben die bisherigen Kläger in die Schüler und Schülerinnen scharenweise in die Parteipolitik hinein und machen die Jugendlichen der Interessenwirtschaft der Alten dienstbar.

Die Reichen haben es leicht, denn die erwachsenen Schüler und Schülerinnen sind für sie als Wahlhelfer sehr billig. Sie kosten nichts! Die herrliche kapitalistische Gesellschaftsordnung ermöglicht es ja nur den Reichen und Wohlhabenden, ihre Kinder als höhere Schüler und Schülerinnen studieren zu lassen. In der Arbeiterklasse, die den Reichen das Geld dafür schafft, gibt es keine „erwachsenen Schüler und Schülerinnen". Mit 14 Jahren müssen die Arbeiterkinder ins Arbeitsjoch, in die Lehrzeit, in die Fabrikfron. Die bürgerliche Jugend erfreut sich bis 18, 20, 23 Jahre der goldigen Schülerzeit, die Arbeiterjugend ist mit 23 Jahren schon blaß und ausgemergelt von der Werkstatt-, Fabrik- und Grubenarbeit.

Und nun sollen die erwachsenen Schüler und Schülerinnen der Reichen die Wahlkreiser für den Sieg der kapitalistischen Interessentenliste spielen! Muß das nicht auf die Arbeiteretern und Arbeiterkinder geradezu aufreizend wirken?

Arbeiter, Arbeiterfrauen! Wehrt euch! Klärt auch eure Jugendlichen auf! Reiht auch sie in die große Arbeitsgemeinschaft des schaffenden Volkes ein. Laßt auch sie teilhaben am Befreiungskampfe der Arbeit. Sagt ihnen, daß sie frühzeitig helfen müssen, sich selbst eine bessere Zukunft zu sichern. Begeistert auch sie für die Wahlhilfe zu den Stadtverordnetenwahlen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190424-14/fragment/page=0001

Die Belagerung Münchens.

Berlin, 23. April. (W. T. B.) Die Sammlung der bayerischen Truppen um München vollzieht sich glatt. Beim Eintreffen der Unterstützungen aus Württemberg, Baden, Hessen und dem übrigen Reich wird der Aufmarsch vollzogen sein. In Landshut ist die Lage ungeklärt. Rosenheim ist in den Händen der Spartakisten.

Neu-Ulm, 23. April. (W. T. B.) Aus München wird gemeldet: Wegen Finanzschwierigkeiten sowie Unzufriedenheit der Arbeiter wird der Generalstreik von heute an aufgehoben. Die Stimmung der Bevölkerung ist infolge des Terrors äußerst gedrückt. Es mangelt an Zeitungen und Nachrichten von auswärts. Die Arbeiter wurden aufgefordert, in die Wohnungen der Bürger zu gehen und sich Quartiere zu suchen.

Die Besetzung von Augsburg.

Augsburg, 23. April. (W. T. B.) Nach einer Mitteilung des Truppenkommandos war Dienstag die Frist zur Waffenablieferung abgelaufen, ohne daß in Oberhausen genügende Waffenablieferung erfolgt wäre. Die Frist zur Abgabe wurde darauf bis 12 Uhr mittags verlängert. Bis dahin wurde ein Teil der Waffen bei der Polizeistation an der Wertachbrücke niedergelegt und die Geschütze abgegeben. Als die Regierungstruppen die niedergelegten Waffen abholten, entstand aus bisher noch nicht völlig geklärter Ursache ein Zusammenstoß zwischen Regierungstruppen und Bevölkerung. Verluste der Bevölkerung: ein Toter, vier Verwundete. Da feststand, daß die Waffen in Oberhausen auch jetzt noch nicht völlig abgeliefert waren, ordnete der Führer der Regierungstruppen den Einmarsch in die Oberhausener Vorstadt an, um endgültig Ruhe und Ordnung herzustellen. Dem Einmarsch wurde, soweit bisher bekannt, kein Widerstand geleistet. — An die Stelle des bisherigen Stadtkommandanten trat der Abgeordnete der Nationalversammlung Simon.

Die „Bewegungsfreiheit" der deutschen Friedensdelegierten.

Berlin, 23. April. Der Divisionsgeneral Nudant, Vorsitzender der ständigen interalliierten Waffenstillstandskommission, hat in den Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission folgende Note übersandt:

Der Marschall-Oberbefehlshaber der alliierten Armeen telegraphiert am 22. April unter der Nummer 2093:

Wollen Sie die folgende Antwort der alliierten und assoziierten Regierungen der deutschen Regierung übermitteln:

1. Die deutschen Delegierten können abreisen, wann sie hierzu bereit sind. Die deutsche Regierung wird gebeten, den Termin ihrer Abreise so schnell wie möglich bekanntzugeben. Ihre Reise im alliierten Gebiet wird so geregelt, daß sie abends in Versailles ankommen, um in Ruhe sich einrichten zu können.

2. Die deutschen Delegierten werden jede Bewegungsfreiheit zur Erfüllung ihrer Mission haben. Ebenso haben sie völlige Freiheit für telegraphische und telephonische Verbindung mit ihrer Regierung.

3. Die deutschen Delegierten können schon jetzt ihre Dreimitgliederkommission nach Versailles senden, um die Unterbringung vorzubereiten. gez. Nudant.

Wie Wolffs Bureau erfährt, werden die deutschen Delegierten und Pressevertreter am Montag von Berlin abfahren.

•

Im Schutze des Stacheldrahtes. Berlin, 24. April. Der L.-A. meldet aus Genf: Zum Schutze gegen etwaige Mißhelligkeiten der deutschen Bevollmächtigten wird, laut einer Meldung des Journal, der ganze Raum zwischen deren Wohnort in dem Versailler Hotel Vatel und dem Trianon mit Stacheldraht umgeben.

Die rabiaten Italiener.

Amsterdam, 23. April. Wie eine hiesige Nachrichtenagentur aus Paris berichtet, teilte das Journal mit, daß die italienischen Delegierten vorläufig allen Beratungen der Friedenskonferenz fernbleiben, weil noch keine Einigung in der Adriafrage erzielt wurde. Der italienische Ministerpräsident Orlando droht, Paris heute zu verlassen. Lloyd George versucht, ihn zur Aufgabe seiner Abreise zu bewegen.

Aus dem Haag wird gemeldet: Italien habe angedeutet, daß es gegebenenfalls wegen Dalmatien abermals zu den Waffen greifen werde. Doch verlautet, daß diese Drohung besonders in amerikanischen Kreisen nicht ernst genommen wird, da Amerika bereits heute die italienische Valuta stützen muß und Italien auch in der Lebensmittelversorgung von den Vereinigten Staaten abhänge.

Kampfpause im Ruhrrevier.

Duisburg, 23. April. Heute ist in Duisburg, wie der L. B. von dort gedrahtet wird, eine Konferenz der Streikenden im Industriegebiet zusammengetreten, um den Abbruch des Streiks zu beschließen. Es wird sich nur um eine Kampfpause handeln, wenn die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Die Verhaftungen gehen fort. Die Regierungstruppen sind vielfach dazu übergegangen, die Verhafteten einfach zu erschießen. Die Erbitterung der Arbeiterschaft ist grenzenlos. Wenn das Wüten der Soldateska so fort geht, ist in den nächsten Tagen mit bewaffnetem Widerstand zu rechnen.

Die Regierungstruppen bringen den Arbeitern zum Bewußtsein, daß sie um ihre Existenz kämpfen. Die Stimmung ist nach vielfach wie auf dem Höhepunkt des Streiks. Neue Kämpfe lassen sich jetzt schon voraussehen.

•

Essen, 23. April. (W. T. B.) Nach Mitteilung des Bergbauvereins (!) hat in der heutigen Frühschicht die Zahl der Streikenden um etwa 15 300 abgenommen. Die Gesamtzahl der Ausständigen betrug gestern 174 279 gegen 211 566 am Sonnabend. Auf 22 Schächten sind die Belegschaften heute zum ersten Male angefahren.

Beuthen (Oberschl.), 23. April. Nachdem auch auf der Kleophas-Grube die Arbeit wieder aufgenommen wurde, ist der Ausstand in ganz Oberschlesien beendet.

Rechtssozialistischer Regierungsterror in Stuttgart.

Stuttgart, 23. April. Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: In der Süddeutschen Volksbuchdruckerei, die auch das Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Stuttgart Der Sozialdemokrat druckt, ist in jüngster Zeit eine Anzahl Flugblätter hergestellt worden, die zum Generalstreik und zum gewaltsamen Sturz der Regierung aufforderten. Der Redakteur hat sich geweigert, eine von der Regierung vorgelegte Erklärung zu unterzeichnen, daß im Sozialdemokrat und in den sonstigen in der Süddeutschen Volksbuchdruckerei hergestellten Druckschriften weder zum gewaltsamen Sturz der Regierung, noch zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Forderungen auf dem Wege der Gewalt oder zum Generalstreik aufgefordert wird. Hierauf wurden auf Veranlassung der Staatsregierung die Maschinen der Süddeutschen Volksbuchdruckerei durch Entfernung von Maschinenteilen durch die Polizei unbrauchbar gemacht und das Erscheinen des Sozialdemokrat bis auf weiteres verboten.

Generalstreiks-Lehren.

In Düsseldorf ist der Generalstreik abgebrochen worden. Jetzt hat nun eine vereinigte Generalstreik-Kommission aus je drei Vertretern des Arbeiterrates, der Kommunisten, der U. S. P., der Mehrheitssozialisten, des Kartells der freien Gewerkschaften, des Allgemeinen Arbeitervereins und der Obleute der Betriebe getagt, die einstimmig folgende Richtlinien für die Vorbereitung des Generalstreiks annahm:

„Die Proklamierung und Durchführung des letzten Generalstreiks war eine verfehlte. Künftig muß der Generalstreik eine planmäßige Vorbereitung, verantwortliche Proklamierung und disziplinierte Durchführung erfahren.

Zur Vorbereitung gehört die Diskussion über den Generalstreik und die ernsthafte Propaganda für seine Idee. Es muß versucht werden, in allen Köpfen klassenbewußter Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie der Angestellten und Beamten Klarheit über das Wesen und die Methoden des Generalstreiks zu schaffen. Zur Vorbereitung gehört auch, daß die kämpfenden Schichten sich ideell und materiell auf ihn vorbereiten.

Die Proklamation des künftigen Generalstreiks muß in den Händen einer von allen verantwortlichen Faktoren der klassenbewußten Arbeiterschaft gebildeten Zentralstelle liegen, die versuchen muß, die Einigkeit der Arbeiterklasse zu erreichen und keinesfalls als Minderheit der Mehrheit ihren Willen aufzwingen darf.

Der Generalstreik wäre somit nach Verständigung der Leitungen der Klassenkampf-Organisationen an einem Tage gleichzeitig in ganz Deutschland und, wenn möglich, darüber hinaus zu proklamieren. Aus lokalen Gründen sollen Generalstreiks nur im äußersten Notfalle im Einverständnis mit der Zentralleitung stattfinden. Lohnkämpfe, berufliche Teilstreiks sind auch, wenn möglich, auf ein Mindestmaß zu beschränken; eine Verständigung mit den Zentralinstanzen des Berufs und der Generalstreikleitung ist zu erstreben. Dem hohen Ziel des Sieges der Arbeiterklasse im ganzen sind Teilinteressen unterzuordnen. Die Proklamierung des Generalstreiks ist unter allen Umständen zu veranlassen, wenn gegenrevolutionäre Bestrebungen des Bürgertums es erfordern. Der Generalstreik soll zum Schutze der Revolution und zur Erringung sozialer Gleichstellung des Proletariats dienen. Die Durchführung des Generalstreiks muß den Gesetzen der Humanität und dem Volkswohl angepaßt sein. Das Ziel muß klar vorgezeichnet, von den proletarischen Massen gebilligt und praktisch erreicht werden. Einzig als Demonstration ist er nicht gedacht, wenn die Willenskundgebung des Proletariats in anderer Weise unzweideutig erfolgen kann.

Eine einheitliche, geschlossene Front des sozialistischen Proletariats ist zu erstreben, um auf einen Schlag die Machtmittel der kapitalistischen Gesellschaft zu überwinden. Die Organisationen des klassenbewußten Proletariats sind bewußt und planmäßig auszubauen, um nach dem Siege der Arbeiterklasse kein Chaos zu haben, sondern eine planvolle Neuordnung der Dinge vornehmen zu können.

Wir bitten die sozialistische Presse um Abdruck unserer Richtlinien und ersuchen die Arbeiterschaft und ihre Führer, dieses Projekt zu beraten und baldmöglichst das Erforderliche organisatorisch zu veranlassen."

Ein deutsches Heldenstück.

Berlin, 23. April. Die B. Z. a. M. veröffentlicht folgende Meldung aus Landsberg an der Warthe: Auf dem Bahnhof Kreuz kam ein amerikanischer Sanitätsmaterialzug vom amerikanischen Roten Kreuz an. In dem Zuge, der sich auf der Fahrt nach Warschau befand, wurden zwei Lebensmittelwaggons mitgeführt. Die Besatzung des Zuges, 30 Männer und 8 Frauen, standen unter der Führung von amerikanischen Offizieren. Die deutschen Grenzschutztruppen untersuchten den Zug nach Munition, richteten Kanonen auf den Zug und drohten, als er weiterfahren wollte, zu schießen. Der Zug mußte nach Friedeberg zurückdirigiert werden, um über Landsberg—Benischen die Weiterfahrt nach Warschau anzutreten. Die amerikanischen Offiziere erbaten Hilfe bei der amerikanischen Friedenskommission in Berlin. Der Zug enthielt keine Munition.

Ententekrieg gegen Ungarn?

Budapest, 21. April. Die Schicksalsstunde des ungarländischen Volkes hat geschlagen. Der siegreichen Revolution, die zur Diktatur des Proletariats führte, ist die Konterrevolution des Imperialismus gefolgt. Die Bundesgenossen der ungarischen Bourgeoisie haben gegen die Sowjetrepublik den Krieg begonnen. Den Reigen hat die rumänische Armee eröffnet, vermutlich werden die tschechischen und serbischen Armeen bald ihrem Beispiel folgen. Die ungarländische Arbeiterschaft erblickt in diesem Versuch zur gewaltsamen Niederwerfung der Räterepublik eine offene Kampfansage des internationalen Kapitalismus an den Sozialismus. In der letzten Sitzung des Budapester A- und S.-Rates wurde Protest gegen diese Vergewaltigungspolitik erhoben, und die Volksbeauftragten Kunfi und Kun forderten die Arbeiterschaft auf, sich zu bewaffnen und so zu verhindern, daß die Entente der ungarischen Räterepublik dasselbe Schicksal bereite, wie seinerzeit der Pariser Kommune. Kun wies darauf hin, daß das Schicksal der ungarischen Räterepublik nicht ausschließlich auf die bewaffnete Macht, sondern auf die unausbleibliche internationale sozialre Revolution gegründet worden sei. Der Offensive des internationalen Imperialismus werde in kurzer Zeit die Offensive des Proletariats aller Länder gegen den Kapitalismus folgen.

Der Aufruhr in Indien.

Haag, 23. April. Aus London wird gemeldet: Der Staatssekretär für Indien hat einen weiteren Bericht erhalten über die Unruhen in Indien, der auszugsweise veröffentlicht wurde. Danach herrscht im größten Teile des Bundjab offene Empörung. In der Stadt Kasur wurden das Post- und das Gerichtsgebäude von den Aufständischen niedergebrannt. In Biramgam wurden mehrere öffentliche Gebäude zerstört, der Telegraphenverkehr unterbrochen und ein indischer Steuerbeamter ermordet. In Ahemhabad tötete der Pöbel einen europäischen und einen eingeborenen Polizeibeamten. Am gefährlichsten scheint der Aufruhr in Kalkutta zu sein, wo eine Abteilung Soldaten mit Steinwürfen angegriffen wurden. Sie feuerten auf die Angreifer, die sich unter Verlust von 6 Toten und 12 Verwundeten zurückzogen. Die Mohammedaner und die Hindus verbrüderten sich. Ueber die Ursache der Unruhen hat die englische Regierung mitgeteilt, daß sie „in auf die kürzlich erlassenen strengen Aufruhrgesetze zurückzuführen seien, vielmehr erblicke man in London den Hauptgrund für die Empörung in dem nie verschwindenden Rassenhaß der Bevölkerung, in der Trauer der Mohammedaner über den Niedergang der Türkei, in den allgemein herrschenden hohen Lebensmittelpreisen und endlich in dem bestimmter auftretenden Verlangen nach Selbstbestimmungsrecht für die Eingeborenen.

Die Lebensmittelzufuhr. Amsterdam, 23. April. Algemeen Handelsblad meldet, daß die Assoziierten jetzt auch die Lieferung von 13 500 Tonnen Hülsenfrüchten und 7600 Tonnen Gefrierfleisch von Holland nach Deutschland gestattet haben. Die Speisemenge, die ausgeführt werden darf, ist auf 4000 To. erhöht worden.

„Die erste Pleite."

Mit großem Behagen hat die bürgerliche und die rechtssozialistische Presse vor einigen Tagen einen Artikel Die erste Pleite aus der berüchtigten Korrespondenz des Herrn Heilmann abgedruckt. In ihm wird nachzuweisen versucht, daß der Konkurs der Bochumer Bergwerks-A.-G. auf den Streik der Bergarbeiter zurückzuführen sei. Ermuntert durch dieses Beispiel Heilmanns, verbreitet jetzt auch das amtliche W. T. B. eine Meldung „Von beteiligter Seite", daß auch anderen Unternehmungen der rheinisch-westfälischen Industrie der Zusammenbruch drohe.

Obwohl der Vorwärts die Heilmannsche Mär von der „ersten Pleite" ebenfalls abgedruckt hatte, sieht er sich jetzt doch gezwungen, dem Treiben der bürgerlichen Presse entgegenzutreten, die in berechtigter Sorge um den kapitalistischen Profit die Wahrheit auf den Kopf stellt. Der Vorwärts schreibt:

Es sei von vornherein zugegeben, daß auch wir die Ansicht teilen, der Kohlenbergbau stehe auf seinem kritischen Punkte. Unter keinen Umständen verträgt er mehr weitere Streikstörungen, soll nicht eine größere Zahl von Unternehmungen völlig ruiniert werden. Die Stimmungsmache aber, die von den Interessenten (aber auch von Herrn Heilmann, Red. d. V.) unter Zuhilfenahme des amtlichen Telegraphenbureaus in dieser Sache getrieben wird, ist auf das schärfste zu mißbilligen. Dafür nur einige Beispiele: Der Konkurs der Bochumer Bergwerks-Gesellschaft hat sich als ein sehr gutes Geschäft für das Stahlwerk Becker, das bereits 30 Prozent ihres Aktienkapitals besaß, herausgestellt.

Wie zutreffend diese Bemerkungen gegen die Tendenznachrichten sind, geht selbst aus dem Handelsteil einiger bürgerlicher Blätter hervor. Hier, wo die politische Tendenz nicht so aufdringlich hervortritt wie im politischen Teil, gesteht sie zu, daß der Konkurs der Bergwerks-A.-G. ein rein kapitalistisches Manöver ist. So muß beispielsweise selbst das Organ der Schwerindustriellen, die Post, zugeben:

Ob es mit der Gesellschaft so schlimm steht, wie es auf den ersten Augenblick erscheint, kann ohne Kenntnis der näheren Verhältnisse nicht beurteilt werden. Richtig ist es, daß der Kredit der Gesellschaft erschüpft gewesen ist. Aber beim Stahlwerk Becker liebt man die Ueberraschungen, und die plötzliche Konkursanmeldung eines angegliederten Unternehmens läßt es als nicht unwahrscheinlich ansehen, daß hier wieder hinter den Kulissen gearbeitet wird von einer Gruppe, die sich in ihren Maßnahmen auf den Mehrheitsbegriff stützt, dabei das Interesse der übrigen Aktionäre und finanziell interessierten Kreise aber ganz nebensächlich behandelt. Der Aktienaustausch erfolgte im Januar dieses Jahres Zug um Zug, nachdem die Verwaltung der Bochumer Gesellschaft ein im Frühjahr 1918 gemachtes Kaufangebot, das auf annähernd 200 Prozent hinaufging, zum Nachteile der Aktionäre abgelehnt hatte. Entweder haben die Verwaltungsmitglieder des Stahlwerks Becker bei dem Abschluß der Interessengemeinschaft sehr oberflächlich geprüft oder man will das mit großen Lasten behaftete Sorgenkind, wenn erst reiner Tisch geschaffen worden ist, billig schlucken."

So sieht also die „erste Pleite" aus, die von Herrn Heilmann, dem rechtssozialistischen Bochumer Volksblatt und anderen Blättern dazu benutzt worden ist, die Arbeiter für den „Zusammenbruch" dieses Unternehmens verantwortlich zu machen.

Von „Sieg" zu „Sieg".

Das Sicherheitsbataillon Zossen, das noch selbstgewählte Führer hatte und während der ganzen Revolution treu seinen Dienst versah, wurde in der Nacht zum 9. April von Regierungstruppen im Schlafe überfallen. Die Mannschaften wurden aus den Betten gerissen, mit Waffen bedroht und mußten die gemeinsten Ausdrücke über sich ergehen lassen. Sämtliche Räume und Behälter wurden durchstöbert. Dabei ließen die Schüßer der Ordnung Wertgegenstände, Brieftaschen, Eheringe, Schnürschuhe, Wäsche und andere Bekleidungsstücke verschwinden. Einem Unteroffizier wurden allein 600 Mark gestohlen. Verkleidete Offiziere sahen dem Treiben der Söldner lächelnd zu. Sogar Geiseln wurden festgesetzt, um eine Garantie für sicheres „Arbeiten" zu haben, obwohl die Mannschaften des Sicherheitsbataillons gar nicht daran dachten, sich zu wehren.

Nach der Drangsalierung der Wachtleute wurden die Türen der Bekleidungskammern erbrochen und von den Beständen des Bataillons ein erheblicher Teil, namentlich Hosen, Röcke, Mäntel, Wäsche, Strümpfe, Sohlen und Schuhwerk gestohlen. Auch Zivilanzüge ließen die traurigen Burschen mitgehen, desgleichen Wein und verschiedene Lebensmittel.

Der Ueberfall wurde von einer Abteilung des Freikorps Bren ausgeführt. Die Kommandantur war von dem Vorgang nicht unterrichtet. Die Abteilung hat vollkommen selbständig gehandelt, aber ihr Verbrechen ist anderntags sanktioniert worden und das Sicherheitsbataillon wurde für aufgelöst erklärt.

Der Vorgang hat in Zossen unter der Bevölkerung große Erbitterung hervorgerufen. Eine Versammlung, die sich am vorigen Sonntag mit der Angelegenheit befassen wollte und von beiden sozialdemokratischen Parteien einberufen war, wurde kurzerhand verboten. Maschinengewehre versperrten den Saaleingang, die ganze Stadt war von waffenstarrenden Patrouillen überschwemmt, um die Bevölkerung zu verhindern, gegen einen Gewaltakt des Militärs zu protestieren.

Das ist der Geist des großen Feldherrn Noske, der von Sieg zu Sieg schreitet und mit jeder neuen Tat die Schar seiner Gegner vergrößert.

Die selbstlosen Mörder Liebknechts.

Aus der Deutschen Tageszeitung:

„Seit den ersten Märztagen befinden sich die an dem Transport Liebknechts beteiligten Offiziere, die die unabhängige Hetze des Mordes an dem Spartakistenführer beschuldigt, in Untersuchungshaft. Die Oeffentlichkeit hat nichts darüber erfahren, welche neuen Momente für die Wiedereröffnung des bereits eingestellt gewesenen Verfahrens maßgebend gewesen sind. Indessen ist natürlich nichts dagegen zu sagen, es ist vielmehr aus vielen Gründen zu begrüßen, wenn eine Klarstellung der ganzen Vorgänge, die zum Tode Liebknechts geführt haben, an Gerichtsstelle erfolgt. Wie wir hören, ist für den Beginn der Verhandlungen der 8. Mai in Aussicht genommen.

Wir möchten beute nur sehr eindringlich die Aufmerksamkeit der höheren Justizbehörden, insbesondere des Herrn Justizministers, auf die Behandlung lenken, die den Offizieren in der Untersuchungshaft zuteil wird. Wir erfahren zuverlässig, daß sowohl die Handhabung der Haft selbst eine außerordentliche rigorose ist, wie insbesondere auch, daß die Belästigung der Inhaftierten außerordentlich zu wünschen übrig läßt. Wir wissen nicht, ob es im Interesse des Verfahrens gerade unumgänglich notwendig ist, daß sogar die Sprechstunden für die nächsten Angehörigen aufs Aeußerste beschränkt wird. Das aber wissen wir jedenfalls, daß kein Grund vorliegt, Offiziere, die sich in selbstloser Weise der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190424-14/fragment/page=0002

neuen Regierung zur Verfügung gestellt haben, und denen vorläufig doch noch keinerlei strafbare Handlung nachgewiesen ist, schlechter behandelt werden, als die der Aburteilung entgegensehenden Spartakisten."

Der belgische Sozialistenkongreß.

Amsterdam, 22. April. Nach einer Havas-Reuter-Meldung aus Brüssel vom 20. April nahm der belgische Sozialistenkongreß eine Tagesordnung an, in der es heißt, die belgische Arbeiterpartei spreche sich gegen Zollschranken beim Abschluß von Verträgen oder Konventionen aus und fordere die Regierung auf, sich auf der Friedenskonferenz in dieser Hinsicht kräftig einzusetzen.

Weiter wurde der Antrag zu Ehren des Gedächtnisses Karl Liebknechts, Kurt Eisners, Rosa Luxemburgs und Jaurès angenommen.

Sodann entschied sich der Kongreß fast einstimmig für folgende Tagesordnung: Die belgische Arbeiterpartei hat niemals aufgehört, eine internationale Aktion des Proletariats als einen wesentlichen und notwendigen Bestandteil der sozialistischen Bewegung zu betrachten, und bleibt Anhänger der zweiten Internationale. Sie erklärt, in Erörterungen über ihre Teilnahme am Kongreß von Luzern einzutreten, sobald sie weiß, wie, von wem und unter welchen Bedingungen diese Versammlung einberufen ist. Sie hält dafür, daß das neue von der Berner Konferenz geschaffene Vollzugsorgan am 25. April in Amsterdam zusammentreten soll und daß die belgische Arbeiterpartei sich auf dieser Konferenz vertreten lassen wird. Der Kongreß beauftragt seine Abordnung beim Internationalen sozialistischen Bureau, sich mit den Einberufern der geplanten Versammlung ins Benehmen zu setzen und sich mit ihnen über eine möglichst schnelle Wiederkehr der ordnungsmäßigen Lage zu verständigen. Der Kongreß ist der Ansicht, daß kein Grund besteht, das Bureau nicht in Brüssel zu belassen, und daß das Vollzugsbureau wieder in seine Befugnisse eingesetzt werden soll. Vandervelde führte aus, er habe als Präsident, aber nicht als Mitglied der Internationale seine Entlassung gegeben. Es gebe nicht zwei Internationalen, die von Lenin schließe Sozialisten aus, und sie schließe sie mit Recht aus, denn Bolschewismus sei eine Verneinung des Sozialismus. In Luzern würde man sich mit den Abordnungen von 32 Völkern treffen. Sich an diese Internationale nicht anzuschließen bedeute, nationaler Sozialist und Patriot und nichts weiter als Patriot zu bleiben. Erbleibe bei der Internationale. (Beifall.)

Der Kongreß faßte einmütig den Beschluß, daß die internationalen Beziehungen wieder aufgenommen werden müßten, und lehnte mit starker Mehrheit eine Tagesordnung ab, welche besagt, daß der Kongreß sich über seine Teilnahme am Luzerner Kongreß nicht schlüssig machen könne, weil er nicht wisse, von wem und unter welchen Bedingungen diese Versammlung einberufen sei. Die Ablehnung dieses Antrages wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

Ferner nahm der Kongreß eine Tagesordnung an, in der die Aufstellung eines vollständigen sozialistischen Programms als Grundlage für die nächsten Wahlen erklärt und die Teilnahme der sozialistischen Minister an der Regierung bestätigt wird. Die nationale Wiederherstellung könne nicht zum Ziele haben, die unrichtige Tätigkeit einer parlamentarischen Gruppe in der freien Verteidigung der Interessen des Proletariats anzutasten, noch dem unmittelbaren selbständigen Bestreben der Arbeiterklasse Eintracht zu tun, welches ebenso in politischer Beziehung wie hinsichtlich des Parteilebens das höchste Ziel erreichen müsse.

Aus der Partei.

Unabhängige Sozialdemokratie oder Kommunistische Partei? von Fritz Pucha. Unter diesem Titel erschien im Verlage der Volkszeitung für das Vogtland in Plauen i. V. eine Broschüre, die das Verhältnis der U. S. P. zur Kommunistischen Partei untersucht und die trennenden und die einigenden Momente darzulegen sucht. Der Preis beträgt 15 Pf. Bei Bezügen von mehr als 50 Stück ermäßigt er sich auf 10 Pf.

Die Krefelder Mehrheitssozialisten zur Unabhängigen Partei übergetreten. Die Mehrheitssozialistische Partei in Krefeld hat sich nach Abschluß der beiderseitigen Verhandlungen der Unabhängigen Partei angeschlossen. Eine mehrheitssozialistische Partei gibt es also in Krefeld nicht mehr.

Redaktionswechsel. Der Genosse Andreas Stroinski ist aus der Schriftleitung des Zeitzer Volksboten, in der er nahezu acht Jahre tätig war, in die des in Hagen i. W. neugegründeten Parteiblattes übergetreten.

Aus der Provinz.

Bezirkskonferenz der Arbeiterräte.

Am Freitag tagte im Volkspark zu Halle eine vom Bezirksarbeiterrat Merseburg einberufene Konferenz der Kreisarbeiterratsvertreter, um den Bericht ihrer Delegierten vom 2. Rätekongreß entgegenzunehmen, und die laufenden Geschäfte zu erledigen. Früh 8 Uhr tagte der Engere Rat, der eine gründliche Aussprache über die zusammenfassende Betriebsrats-Organisation hatte. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß die Betriebsräte und ihre Zusammenfassung in Bezirkswirtschaftsräten die Grundlage für den sozialistischen Aufbau bilden würde. Nachdem nunmehr ihr gesetzliche Anerkennung und Festlegung in der Verfassung des Deutschen Reiches in Aussicht steht, und so das Arbeiten dieser Räte wesentlich erleichtert ist, muß auf die Zusammenfassung der Betriebsräte in allen Kreisen der größte Wert gelegt werden. Es wurden den einzelnen Kreisstädten die angrenzenden Industriebezirke zur Bearbeitung zugeteilt und festgelegt, daß schnellstens überall Versammlungen der Betriebsratsmitglieder stattfinden sollen, in denen Anleitung über das praktische Arbeiten in den Betriebsräten gegeben werden soll. Die Kreisarbeiterräte übernahmen die Verpflichtung, diese Zusammenkünfte zu veranstalten.

In der öffentlichen Konferenz des gesamten Bezirksarbeiterrates erstattete Genosse Hofer den Bericht über die Verhandlungen des Rätekongresses. Redner gab ein kurzes Stimmungsbild, schilderte die Machtverteilung der verschiedenen Parteigruppen und kennzeichnete deren Triebkräfte. Danach wurden die Beschlüsse des Kongresses sachlich geordnet vorgetragen und zur Besprechung gestellt. — Es entspann sich im Anschluß daran eine rege Aussprache über die zahlreichen Beschlüsse, insbesondere über das Rätesystem und seine Anwendung. Die an der Aussprache teilnehmenden Arbeiterräte waren durchweg von den Beschlüssen nicht befriedigt, weil sie zu unklar waren und die notwendige konsequente Vertretung der Arbeiterinteressen vermissen lassen. Auch über die gegenwärtigen Rechte der Arbeiterräte und ihr weiteres Arbeiten wurde rege diskutiert, um einheitliches Handeln im Bezirk sicherzustellen. Auch über ihre mangelhafte Finanzierung wurden aus einzelnen Orten wiederum Klagen geführt. Die Beschlüsse des Kongresses über diese besonderen Angelegenheiten der Arbeiterräte sind an anderer Stelle unseres Blattes wörtlich veröffentlicht.

Vom Sekretariat des Bezirksrates wurde im Anschluß an die Aussprache für das Zusammenwirken der Arbeiterräte im Bezirk ein genaues Adressenmaterial von den Arbeiterräten eingefordert. Diese genaue Zusammenstellung aller uns angeschlossenen Arbeiterräte sei schon auf Grund der Verordnung des preußischen Finanzministeriums vom 27. Februar (I. 9920) dringend notwendig. Man einigte sich dahin, daß jeder Kreisarbeiterrat an den Bezirksarbeiterrat eine Liste seiner Mitglieder und eine Liste der Vorsitzenden der Amtsbezirks-Arbeiterräte einreichen sollen. Um die Arbeiten zu vereinfachen, sollen die örtlichen Arbeiterräte überall dazu angehalten werden, in allen Angelegenheiten sich zunächst an ihren Kreisarbeiterrat zu wenden.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung war die Neuregelung der Polizeistunde, wofür die verschiedenartigsten Wünsche und Forderungen vorlagen. Da nach dem Gesetz über Kohlen- und Lichtersparnis keine unbeschränkte Polizeistunde möglich ist, stimmte man schließlich den mit dem Regierungspräsidenten vereinbarten Bestimmungen zu, daß in allen Orten des Bezirks Merseburg außer Halle die Polizeistunde auf 11 Uhr festzusetzen ist und für Halle auf ½12 Uhr. — Es wurde aber weiter beschlossen, an die Reichsregierung heranzutreten mit der dringenden Forderung, wenigstens in der Sommerzeit jetzt freiheitlichen Anschauungen nachzugeben und die Polizeistunde endgültig und vollständig aufzuheben.

Auf Wunsch des Regierungspräsidenten wurden aufklärende Mitteilungen über die angeblich zu langsame Bearbeitung der Rentengesuche bei der Regierung in Merseburg gemacht. Die riesenhaft angeschwollene Schreibarbeit ist plötzlich von den vielen zahlreichen Postämtern einheitlich auf die Regierungsbehörde in Merseburg übertragen worden, die jetzt schon für diese Zwecke 50 Beamte beschäftigt. Erst in den letzten Tagen ist durch eine neue Verfügung des Ministeriums notwendig geworden, in jeder Rentensache sechs Schriftstücke für die verschiedenen Stellen anzufertigen, das bedeutete allein die Herstellung von 180 000 Schriftstücken. Bei solcher Arbeitsbandhabung sei es unmöglich, Einzelfälle vorwegzunehmen. Es werde alles getan, um die Ansprüche schleunigst zu befriedigen.

Über die Ausstellung von Waffenscheinen auf den Landratsämtern, wobei die Kreisarbeiterräte gegengezeichnen haben, entwickelten sich auf Grund einer Anfrage sehr verschiedene Meinungen. Es wurde jedoch festgelegt, überall einheitlich die Gegenzeichnung nur von einer ruhigen sachlichen Prüfung der Einzelfälle abhängig zu machen.

Eine eigenartige schriftliche Beschwerde kam aus Gatterstedt, Kreis Querfurt, vor, wo die neue sozialdemokratische Mehrheit in der Gemeindevertretung die alte Gemeindeverwaltung veranlaßt, nach mit der alten Gemeindevertretung aus der Dreiklassenzeit weiterzuarbeiten. Der Kreisarbeiterrat Querfurt soll beauftragt werden, die Angelegenheit nachzuprüfen und einzuarbeiten. Nach der Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten schloß die Sitzung um 4½ Uhr.

Die Behauptung der Saale-Zeitung, ihr Berichterstatter sei an der Sitzung des Bezirksarbeiterrates nicht zugelassen worden, ist unrichtig. An das Sekretariat und auch an die Leiter der Konferenz hat sich kein Vertreter der Saale-Zeitung gewendet. Hätte der Herr sich an der richtigen Stelle erkundigt, so wäre seinem Zutritt bei der Gesamtsitzung nichts in den Weg gelegt worden.

Holzweißig. Wo stehen die Bergarbeiter? Am Karfreitag fand in Sonntags Gasthof eine öffentliche Bergarbeiter-Versammlung statt. Der Besuch war sehr gut. Genosse Peters aus Halle sprach über Sozialisierung und die jetzige politische Lage. Reicher Beifall belohnte seine treffenden Ausführungen. Die Diskussionsredner nahmen Stellung gegen die schlechten Ernährungsverhältnisse im hiesigen Kreise. In einer einstimmig angenommenen Resolution protestierten die Bergarbeiter aufs schärfste gegen die Bewaffnung des Bürgertums und gegen die Bildung der Freiwilligen-Korps; die Bergarbeiter betrachten die Freiwilligen als Verräter am Volke und werden sich weigern, mit den Angehörigen der Freiwilligen-Korps jemals zusammenzuarbeiten.

Rothenschirmbach. Vergebliches Werben. Am 19. April hielt der Ortsrichter unserer Gemeinde eine Versammlung zur Bildung einer Freiwilligen-Formation gegen Plünderer und Aufrührer ab. Der Sitz dieser Formation ist das Garnison-Kommando Naumburg. Sie rühmt sich auf von Herrn Noske neugetrügte Militärsystem. Müller führte den Versammelten den wahren Grund der Aufstellung solcher Verbände vor Augen und warnte vor ihrem Eintritt in das Korps. Der eigentliche Zweck der Sache ist, die Arbeiter gegenseitig zu verhetzen und das Großkapital zu schützen. Man möge lieber für bessere Ernährung sorgen. Die Milliarden, die der neue Militarismus verschlingt, seien für Schulen und andere Kulturaufgaben besser aufgewendet. Der Ortsvorsteher mußte ohne Erfolg abziehen, die hiesigen Einwohner bedanken sich für die schäbige Rolle, die man den Noskejüngern zumutet.

Dornstedt. Wo bleibt die Butter? Die Gemeinde Dornstedt ist Selbstversorger in der Butterbelieferung. Mit der Lieferung steht es aber oftmals sehr faul. Besonders vor Festen gibt es wenig oder gar keine Butter. Verwunderlich ist das nicht, denn die Butterlieferanten backen da genau wie in Friedenszeiten. Die arbeitende Bevölkerung hat das Nachsehen. In unserer Gemeinde müßte es ein Leichtes sein, die Einwohner mit genügend Fett zu versorgen. Ebenso ist es mit dem Quark. Der Arbeiterrat sollte hier einmal energisch durchzugreifen versuchen.

Bischofrode. Aus der Gemeindestube. Am Freitag wurde die erste Gemeindevertretersitzung abgehalten, zwar nicht in aller Oeffentlichkeit, wie es die Einwohnerschaft erwartete, sondern wieder im Amtszimmer des Ortsschulzen. Die neugewählten Gemeindevertreter wurden verpflichtet. Dann folgte eine scharfe Auseinandersetzung darüber, daß die erste Sitzung trotz mehrmaliger Anregung erst fast sieben Wochen nach der Wahl und wieder im Amtszimmer des Schulzen tagte. Der gesamte Gemeindevorstand trat hierauf von seinem Posten zurück. Nach kurzer Beratung wurde dem Gemeindevorstand das Vertrauen ausgesprochen. Da der Antrag des Arbeiterrats an die Regierung, der Gemeinde Ackerland von der Domäne zu überweisen, noch nicht beantwortet ist, wurde der Gemeindevorsteher ersucht, sich mit Amtsrat Brauns in Verbindung zu setzen, wegen Abgabe von Kartoffelland an die ärmeren Einwohner des Ortes. Dem Antrag der Forstverwaltung auf Eingemeindung der Fläche, auf der Arbeiterhäuser gebaut werden sollen, wurde mit der Bedingung zugestimmt, daß auch die frühere Oberförsterei mit in die Gemeinde kommt. Dann fand die Wahl einiger Kommissionen statt. Auf Antrag des Genossen König wurde noch eine Lebensmittelkommission gewählt, welche gleichzeitig die Kohlenfrage zu regeln hat. Es wurden der gesamte Arbeiterrat, Hauptlehrer Göze und die Genossen Weber, Krödel und Karl Liebert gewählt. Der Gemeindevorsteher soll Dienststunden ansetzen. Die Gemeindevertretersitzungen müssen vorher ortsüblich bekannt gemacht werden und sollen möglichst Sonntags stattfinden, andernfalls den Gemeindevertretern der ausfallende Arbeitslohn ersetzt werden muß.

Alle Einwohner unseres Ortes werden aufgefordert, sich recht zahlreich an unserer Maifeier zu beteiligen. Am Freitag, den 1. Mai, ist voraussichtlich vormittags 10 Uhr im Junkerholz große öffentliche Volksversammlung unter freiem Himmel, nachmittags 3 Uhr Demonstrationszug durch den Ort. Hierauf Kinderfest im Urbaschen Lokal.

Bennstedt. Ein schöner Erfolg. Am 1. Osterfeiertag fand hier eine öffentliche Arbeiter- und Landarbeiter-Versammlung statt. Genosse Peters aus Halle hielt den zahlreich erschienenen einen ausführlichen Vortrag über Sozialisierung und die jetzige politische Lage. Mit scharfen Worten geißelte er die Bewaffnung des Bürgertums und das Vorgehen der Regierungstruppen. Lauter Beifall bewies die Richtigkeit seiner Ausführungen. Ein Appell an die Landarbeiter und Landarbeiterinnen, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren, hatte guten Erfolg. Es wurden am Schluß der Versammlung 28 Neuaufnahmen für den Verband und 18 für die Partei gemacht. Mit einem dreifachen Hoch auf die U. S. P. wurde die Versammlung geschlossen.

Schmiedeberg. Um die Stadtstube. Am 2. März war hier Stadtverordnetenwahl. Unser Wahlvorschlag wurde verworfen, weil der Wahlkommissar entgegen den Bestimmungen des Wahlgesetzes nicht zur Abstellung von Fehlern (die abgestellt werden konnten), aufgefordert hat. Wir haben sofort in Merseburg das Verwaltungsstreitverfahren eingeleitet und sind bis jetzt noch ohne Antwort. Die Stadtverordnetenversammlung besteht deshalb auch nach der Neuwahl zum größten Teil aus Interessenvertretern und ist nicht fähig, dem Geiste der Zeit entsprechend zu arbeiten. Wir haben uns beschwerdeführend an das Ministerium des Innern gewandt.

Torgau. Vom Streik. Um die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, ließ der Direktor Gaertner vom Stahlwerk ein Flugblatt verbreiten, in dem er den Versuch unternimmt, nachzuweisen, daß die Streikenden schuld daran seien, wenn der Betrieb eine längere Zeit stillstehen würde. Würde die Arbeit nicht am Dienstag wieder aufgenommen, so sei mit einem Betriebsstillstand von mindestens vier Wochen zu rechnen, auch wenn die Belegschaft wieder arbeiten wollte. Für alles daraus entstehende Elend würde die Verantwortung auf die Belegschaft allein zurückfallen. Mit keinem Worte erwähnt die Direktion, ob sie den Willen hat, die Lohnforderungen zu bewilligen. Nicht die Arbeiterschaft des Stahlwerks ist es, die das schon vorhandene Elend noch trauriger macht, sondern einzig und allein der nach wie vor auf seinem Herrn-im-Hause-Standpunkte stehende Direktor des Werkes ist der allein Schuldige. Eine bereits am Montag stattgefundene, vom Direktor Gaertner gewünschte Verhandlung führte, da er jedes Entgegenkommen ablehnte, zu keiner Einigung. Die Arbeiten werden verrichtet von den Werksbeamten. Als Streikbrecher tritt ein Albert Neuße auf, ein Element, welches in den vergangenen Wochen nicht nur in der Stadt, sondern auch im Werke selbst als radikaler „Spartakist" sich betätigte; wenn auch nur durch Worte. Um nun die „richtig" schaffenden Beamten bei Kräften zu erhalten, werden sie auf Kosten des Werkes bewirtet mit Speise und Trank. Es wird Aufgabe des Arbeiterrates sein, zu untersuchen, auf welche Weise das Werk in den Besitz der Lebensmittel gelangt ist. In einer am Dienstag stattgefundenen Versammlung der Streikenden wurde beschlossen, da die Direktion sich nach wie vor den Forderungen gegenüber ablehnend verhält, im Streik zu verharren. — Wie überaus wichtig es ist, daß so schnell als möglich Betriebsräte, die auch in Lohnfragen ein gewichtiges Wort zu reden haben, geschaffen werden, zeigt sich auch hier mit aller Deutlichkeit. Denn anstatt die nicht gerade unermeßlich hohen Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, läßt man lieber einen bedeutend größeren Schaden entstehen.

Hohenleipisch. Die ungenügende Lebensmittelzuteilung veranlaßte unsere Einwohnerschaft eine von etwa 500 Personen besuchte Protestversammlung zu veranstalten, in welcher nachstehende Resolution der Regierung unterbreitet wurde: Die von etwa 500 Personen besuchte Versammlung protestiert gegen die mangelhafte Lebensmittelzuweisung für die Gemeinde Hohenleipisch. Sie ist bei Zuweisung der Lebensmittel von seiten des Kommunalverbandes in letzter Zeit zurückgesetzt worden, insbesondere bei Zuweisung von Brotaufstrich. Sie fordert eine sofortige Nachprüfung der in Liebenwerda bei Wendisch ohne Marken zum Verkauf gelangten Marmelade. Sie fordert Ersatz für den schon seit drei Wochen ausgebliebenen Brotaufstrich. Nachlieferung der fehlenden Menge Butter, sofortige Einführung der Rationierung der Eier, Abschaffung der Kriegsgesellschaften, Ausführverbot für sämtliches Schlacht-, Zug-, Nutz- und Federvieh, Wiedereinführung der Zwangsablieferung der Milch auf kommunaler oder genossenschaftlicher Grundlage. Bei der Regierung sofort vorstellig zu werden, um den Kreis in eine höhere Ernährungsstufe zu bringen. Zwecks Unterbindung des Schleichhandels fordert die Versammlung, den örtlichen Arbeiterräten eine Vollmacht zuzusenden, daß sie berechtigt sind, Beschlagnahmungen von Lebensmitteln vorzunehmen. Sollte die Lebensmittelzuweisung noch weiter in dieser ungerechten Weise erfolgen, trägt die Regierung für die Folgen die volle Verantwortung.

Rüstet zur Maifeier!

Im ganzen Reiche treffen die Parteiorganisationen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei die Vorbereitungen für die

Maifeier.

Das Friedensfest der Arbeit muß diesmal zu einer gewaltigen Demonstration des klassenbewußten Proletariats werden. Durch vier Jahre des Weltkrieges, unter dem harten Druck des Belagerungszustandes war es uns nicht möglich, für den Weltfeiertag der Arbeit, den 1. Mai, zu wirken. Nun jährt sich der Tag zum dreißigsten Male, an dem wir zum ersten Male am 1. Mai unsere alte Forderung,

den Achtstundentag, den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung, für den Weltfrieden,

unsere Stimme erhoben haben. Ist auch heute der Achtstundentag für die Industriearbeiter erreicht, so müssen wir nicht nur für weitgehende Ziele kämpfen, nein, es handelt sich auch darum, das Errungene zu verteidigen. Weiter aber müssen wir wirken für den Weltfrieden. Der Friede mit den Ententemächten steht in Aussicht, aber wir sehen die alten Mächte der Gewalthaber ihr frevelndes Spiel weiter treiben, diesen Frieden zu verhindern oder zu vergiften. Der für uns dringend nötige

Friede mit der russischen Sowjet-Republik

ist jedoch noch in weiter Ferne. Hier heißt es unsere Stimme erheben, damit endlich der Wille des Volkes,

Friede mit allen Völkern,

machtvoll zur Geltung kommt. Nicht zuletzt soll dieser Tag dem Kampf gelten für unser wichtiges Ziel,

die Sozialisierung der Produktionsmittel.

Darum, auf an die Arbeit! Jeder Ort, jeder Bezirk rüste zur Maifeier!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191904 24-14/fragment/page=0003

Walhalla-Operetten-Theater
Anfang 7½ Uhr. 595
Jüngster Sonnenschein.
Operette von Georg Jarno.
Kasse: 10—1½ u. 4–6 Uhr.

Möbel aller Art, Federbetten
kauft und verkauft
Otto Bernhardt,
550 Herrenstr. 19.

Kostüm für 1. Mädchen zu vertauschen, u. zw. Sommerhüte zu verkaufen 584
Humboldtstraße 51, 3 Tr.

„Oberpollinger."
Heitere Kabarett-Abende.
Elvira Lonny, Gustav Buchran, Lutti-Duo, Lissy Braun und Carl aus dem Rahmen
578 warten heute mit neuem Programm auf.
Anfang 5 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Altenburger Hof, Am Alten Markt.
580 Morgen, Freitag, den 25. April:
Grosser Hausball.
2. Kaffee u. Torte. Anfang 5 Uhr. 2. Kaffee u. Torte.
Täglich: **Grosses Frei-Konzert.**

Zahn-Atelier Frau v. Schulz
Sprechstunde von 9—6 Uhr abds.
Steinweg 2. 68
Im Hause des Kgl. Standesamtes.

Brennholz
ab Lager u. frei Haus verk.
Artur Lindner,
Melanchthonstraße 45, am Rannischen Platz.
Fernspr. 1450. 1352

600 **Starke Handleiter-Wagen und Kastenwagen.**
Auch auf Teilzahlung.
Friedrich Gronau,
Barfüsserstrasse 6.

Stadttheater.
Freitag, den 25. April 1919.
Anf. 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Uraufführung.
Semiramis. 595
Tragödie von Stefan Markus.
Sonnabend: **Aida.**
Sonntag abend: **Iloebill.**

Thalia-Theater
Gastspiel des Stadttheater-Personals.
Sonntag, den 27. April 1919, abends 7 Uhr: 600
Großstadtluft.
Lustspiel von Blumenthal und Kadelburg.

Merseburg.

Rotfleisch- und Fleischwarenverkauf

findet am 24. April 1919 bei Naundorf, Obere Breitestr. 4, nachmittags von 3—4 Uhr, auf die Ordnungsnummern 4701—4800 statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.

Merseburg, den 24. April 1919.

L. A. I. 395/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Verkauf von Buch- und Steindruckmaschinen.

Das Reichsverwertungsamt, Berlin NW. 7, stellt zum Verkauf: Eine Buchdruckerei, bestehend aus 3 Schnellpressen, zwei Tiegeldruckpressen, erforderlichem Hilfsgerät, Maschinen für Buchbinderei, eine Steindruckerei, bestehend aus einer Schnellpresse 70×100, einer Steinschleifmaschine, einer Zinkplattenschleifmaschine, diversen Lithographiesteinen, Zink- und Aluminiumtafeln, zwei Typographiesetzmaschinen mit den nötigen Matrizen und Setzmaschinenmetall, eine Handpresse, Regale, Schriftkästen und diverses anderes Gerät und Material.

Interessenten wollen sich umgehend mit der Abteilung Wi. des Reichsverwertungsamts, Berlin NW. 7, Friedrichstraße 100, in Verbindung setzen, von der genaue Unterlagen zur Abgabe eines Angebots erhältlich sind.

Die Maschinen sind in Berlin zu besichtigen.

Angebote sind innerhalb 14 Tagen nach Erscheinen dieser Veröffentlichung einzureichen. Das Reichsverwertungsamt behält sich freie Vergabe der angebotenen Maschinen vor.

Reichsverwertungsamt
Abteilung für wissenschaftliche Instrumente
Berlin NW. 7, Friedrichstraße 100.

I. 1872/19. Veröffentlicht:

Merseburg, den 22. April 1919. **Der Magistrat.**

Aus Anlaß der beabsichtigten Veräußerung eines Teiles des Abtausgrabens — Kartenblatt 6, Parzelle Nr. 144 mit 3,10 a —, welcher im § 21, lfd. Nr. 9, des am 31. Dezember 1872 bestätigten Separations-Rezesses von

Merseburg — Gtl. M. Nr. 344 —

verzeichnet ist, soll gemäß § 9 des Gesetzes vom 2. April 1887 (G.S. S. 106) an Stelle des Magistrats in Merseburg für die Separationsbeteiligten ein besonderer Vertreter bestellt werden.

Im Einverständnis mit der Kommunalaufsichtsbehörde haben wir hierfür den Rechnungsrat Eichardt in Merseburg in Aussicht genommen.

Etwaige Einsprüche gegen die Bestellung des Sondervertreters sind innerhalb einer Frist von 8 Tagen bei uns anzubringen.

Merseburg, den 12. April 1919.

Nr. 518 VI. **Generalkommission.**

II. 356/19. Veröffentlicht:

Merseburg, den 22. April 1919. **Der Magistrat.**

Städt. Sparkasse zu Merseburg.

Fernsprecher Nr. 87.
Reichsbankgirokonto Halle. Postscheckkonto Leipzig 10323.

Annahme von Spareinlagen,
Scheck- und Giroverkehr auf Sparguthaben,
Anlegestelle für Mündelgelder,
Heimsparbüchsen,
Scheck- und Kontokorrentverkehr — provisionsfrei — (Orts- und Ferngiroverkehr),
Zeichnungsstelle für sämtliche mündelsicheren Wertpapiere. *326

Kassenstunden: 8 bis 12½ Uhr vormittags, 3 bis 5 Uhr nachmittags, Sonnabend nur 8 bis 12½ Uhr vormittags.

Kurzwaren.

Schnürsenkel 110 cm lang, gute Qualität, Paar	75 Pf.	Weißes Leinenband Stück ca. 5 Meter . . . 2.45 1.50	65 Pf.
Miederband weiß u. schwarz, Ia. Qual., Mtr. 2.80	1 95	Schwarz. Baumwollband Stück ca. 5 Meter 1.45 75	65 Pf.
Hutdraht weiß und schwarz . . . Rolle	65 Pf.	Nähseiden in allen Farben . . . . Rolle 70	58 Pf.
Nähnadeln Brief	15 Pf.	Kunstseidene Tressen schwarz u. farbig, Meter 1.60 1.10	85 Pf.
Hemdenknöpfe Dutzend 35 25	18 Pf.	Zwirnspitze weiß . . . . . Meter 85 65	50 Pf.
Maschinengarn schwarz und weiß Rolle	40 Pf.	**Stopfgarn** schwarz und weiß Rolle	20 Pf.
Patent-Hosenknöpfe „Tango" . . . . . Dutzend	35 Pf.	Farbige Wäschebesätze Ia Qualität . . . . Meter 65 38	22 Pf.
Pompadourbügel zum Aufsuchen . . . . Stück	75 Pf.	Taillenverschlüsse weiß, schwarz, grau . . Stück 30	18 Pf.

Verkauf der
Allstein-Schnittmuster
596 im Erdgeschoß.

Nußbaum.
G. m. b. H.

Apollo-Theater.
Heute abend 7½ Uhr: Zum letzten Male:
Der ersten Liebe gold'ne Zeit.
Operette in 3 Akten von J. Gilbert.
Ab Freitag, 25. April:
Der Soldat der Marie.
Operette in 3 Akten von L. Ascher.
Humme . . . E. Walden.
Vorverk. 9—1 u. 5—½7.

Transportarbeiter-Verband Halle a. d. S.

Nachruf.

Als weitere Opfer des Krieges haben wir noch zu beklagen folgende Mitglieder:

Hermann Bach,
Reinhold Bamme,
Paul Berthold,
Wilhelm Denkewitz,
Paul Eckstein,
Hermann Ehrt,
Franz Elze,
Karl Exner,
Robert Falkner,
Otto Fleischer,
Bruno Gorges,
Franz Große,
Karl Hauck,
Wilh. Heidelberger,
August Heller,
Alfred Kleine,
Robert Kleine,
Paul Krümer,
Otto Schumann.

Mit vorstehend Verzeichneten hat unsere Zahlstelle nunmehr 180 brave Kollegen dem Kriegsmoloch opfern müssen. Ihr Blut wird die Saat der Vergeltung aufgehen heißen. 588

Ehre ihrem Andenken!

Im Namen d. Mitgliedschaft
Die Ortsverwaltung.

Kammer-Lichtspiele Grosse Steinstr. 24

Ab Freitag, d. 25. April: 579

Aufsehen erregendes
Sittenbild! In der Hauptrolle: **Käte Richter.**
Täglich 4 Vorstellungen. — Anfang 3, 5, 7 und 9 Uhr.
Volle Orchester-Musik (Streich-Konzert, Pariser Besetzung).
Preise der Plätze: Sperrsitz Mk. 1.50, I. Platz Mk. 1.10, II. Platz 0.90.
Alle Vorzugskarten für Verwundete, Landesjäger, Plakatinhaber haben nur von Montag bis Donnerstag in der 1. Vorstellung Gültigkeit.
Für Kinder verboten!
Geräumiger Warteraum. Fernsprecher 2749.

Vor und nach der Vorstellung:
Kaiser-Kaffee, 1. Etage.
Täglich von 7 Uhr an: **Künstler-Konzert.**

Sämtliche Parteischriften empfiehlt **Volks-Buchhandlung.**

Die Schuld d. Kaisers
Preis 1.50. Porto 15 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung.
Halle a. S., Harz 42/44.

Kommode mit Glasaufsatz, Waschtoilette u. Kinderbett mit Matratze zu verkaufen. 598 Marktstr. 30 II.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität"
Ortsgruppe Bennstedt.

Auch uns hat der unsinnige Weltkrieg folgende Mitglieder entrissen: *343

Paul Ehrlich, Wilhem Raue,
Otto Barth, Richard Kopf.

Sie alle waren uns stets treue Sportsgenossen.
Wir werden ihnen stets ein ehrendes Andenken bewahren. **Der Vorstand.**

Arbeiter-Gesang- u. Vergnügungs-Verein zu Oberröblingen a. d. Helme.

Nachruf.

Dem schändlichen Weltkriege fielen folgende Mitglieder zum Opfer:

Emil Schösse, Franz Kessler,
Otto Bierau, Paul Kessler,
Karl Ruppe.
*342

Stets strebsam für unsere Sache, haben sie dem Verein beigestanden und wir werden ihnen allen ein ewiges Andenken bewahren. **Der Vorstand.**

Danksagung.

Für die herzl. Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Vaters sagen wir allen denen, die seinen Sarg so reichlich mit Blumen schmückten, herzlichen Dank. Insbesondere danken wir Herrn Pastor Vahldick für die trostreichen Worte am Grabe. Ferner noch herzlichen Dank seinen lieben Arbeitskollegen der Firma Wegelin & Hübner, Werk 2.

In tiefer Trauer: 583

Helene Lindner,
Karl Lindner, } als Kinder.
Fritz Lindner,
Willi Schaaf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190424-14/fragment/page=0004

Frauen und Stadtverordnetenwahlen.

„Die Frauen sollten lernen, daß die Hauptaufgabe der deutschen Frau nicht auf dem Gebiete des Versammlungs- und Vereinswesens liegt, nicht in dem Erreichen von vermeintlichen Rechten, in denen sie es den Männer gleich tun können, sondern in der stillen Arbeit im Hause und in der Familie."

Diese Worte des letzten Trägers der Hohenzollernkrone waren zugleich auch die Grundlage für die Auffassung der bürgerlichen Parteien über das Frauenwahlrecht und die Bedeutung der Frau in der Oeffentlichkeit. Nach bürgerlicher Auffassung war bisher das Haus die Welt der Frau, auf die sie ihre ganze Tätigkeit zu beschränken hatte. Nachdem durch die Revolution die Sozialdemokratie die erste Forderung ihres Programms verwirklicht und auch den Frauen das gleiche und freieste Wahlrecht zugesprochen hat, haben sich auch die bürgerlichen Parteien der neuen Lage angepaßt und den Frauen sowohl im Staate wie in der Gemeinde das Recht der Mitarbeit zuerkannt. Die Sozialdemokratie hat von jeher in ihrem Programm den Frauen dasselbe Recht wie den Männern zugesprochen, besonders in bezug auf die Aufgaben, die einer Gemeinde für das öffentliche Wohl obliegen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß in einer ganzen Reihe von Städten die Frauen in öffentlichen Anstalten sehr segensreich gewirkt haben. In der Kleinkinderfürsorge, der Armen- und Waisenpflege und im Schulwesen ist Hervorragendes von ihnen geleistet worden, weil gerade diese Gebiete sich für die Betätigung der Frau ganz besonders eignen.

Der Krieg schuf ein weiteres Arbeitsfeld für die Mitarbeit der Frau in der Gemeinde. Da galt es zunächst, ein ausgedehntes Unterstützungswesen für die Angehörigen der Krieger zu organisieren, später mußten Heime für elternlos gewordene Kinder und Tagesheime für solche Kinder, deren Mütter einem Erwerbe nachgingen, geschaffen werden. Im Verlaufe des Krieges wurde ferner infolge der Ernährungsschwierigkeiten die Errichtung von Kriegsküchen und Kriegsspeisehäusern durch die Gemeinden notwendig, alles Arbeiten, die nur mit Hilfe der Frauen geleistet werden konnten. Jetzt gilt es zunächst, der Witwen und Waisen zu gedenken und ihnen die nötige Fürsorge angedeihen zu lassen. Auch auf diesem Gebiete dürfte der Frau, als besonders dafür geeignet, die Hauptaufgabe zufallen.

Die Armenpflege lag bisher zur Hauptsache in den Händen der Armenvorsteher und Armenpfleger. Armenpflegerinnen gab es bisher, besonders aus den Reihen der Arbeiterfrauen, nur in geringer Zahl. Wer aber wäre für die Armenpflege geeigneter als die Frau, ganz besonders die Arbeiterfrau. Wer hat mehr Verständnis für Not dieser Aermsten der Armen, als gerade sie, der Mangel und Entbehrung auch im eigenen Heim meist nicht fremd sind. Gerade hier muß den Frauen ein größerer Einfluß sichergestellt werden. Dasselbe gilt von der Waisenpflege.

Auch die Schule verlangt gebieterisch mehr als bisher die Mitarbeit der Frau. Mit der Anstellung von Schulärzten allein ist die Aufgabe der Schulen in bezug auf die körperliche Fürsorge für die Kinder nicht erschöpft. Die Aerzte bedürfen bei ihrer Tätigkeit der Unterstützung durch die Frauen. Hat doch die im Schuldienst angestellte Frau einen weit tieferen Einblick in die Verhältnisse der Kinder. Sie wird nicht nur bei ihrer körperlichen und sittlichen Bedrohung durch die Familienverhältnisse rechtzeitig einschreiten, sondern auch dem Arzt wertvolle Fingerzeige geben und für die Befolgung seiner Anordnungen Sorge tragen können.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Gemeinde ist die Wohnungsfürsorge. Es ist eine bekannte Tatsache, daß ein großer Teil der Volkskrankheiten gerade auf das Wohnungselend zurückzuführen ist. Es ist Sache der Gemeinde, für den Bau zweckmäßiger und gesunder Wohnungen Sorge zu tragen und dem noch bestehenden Wohnungselend, das sich durch den Krieg in erheblichem Maße verschärft hat, nach Möglichkeit abzuhelfen. Auch dabei kann sie die Mitarbeit gerade der Frau gar nicht entbehren.

So reicht sich für die Frauen eine Aufgabe an die andere und beweist, wie wichtig gerade in der Gemeinde die Mitarbeit der Frau ist, vor allem auch ihre praktische Mitarbeit in den gesetzgebenden Körperschaften, durch die die Schaffung aller dieser notwendigen Einrichtungen erst möglich ist. Vor größere Aufgaben gestellt, wird sich auch das Können der Frau immer mehr entfalten und reiche Früchte tragen im Dienste der Allgemeinheit.

Die sozialdemokratischen Stadtvertretungen haben von jeher all den hier aufgeführten Fragen die größte Bedeutung beigemessen und sind für ihre Verwirklichung eingetreten. Da jetzt auf Grund des freien Wahlrechts auch die Frauen in die Gemeindevertretungen eingezogen sind, werden sie besonders in der Sozialdemokratie den stärksten Rückhalt ihrer Forderungen finden. **Daran denkt, ihr Frauen, wenn ihr am 27. April wieder an die Wahlurne tretet.** Wollt ihr aber eure Staatsbürgerinnenpflicht erfüllen, so müßt ihr stimmen für die Unabhängige Sozialdemokratie, für

die Liste Hennig.

Grenzenloser Egoismus!

Die Beamtenliste.

Auch die Sportsleute haben ihre eigene Liste! Jawohl, in Halle ist das möglich. Wer ist ein Sportsmann? Ein Sportsmann ist ein „Gentleman", ein „Kavalier", der sich nicht Sportsmann, sondern Sportsman (mit nur einem Schluß-n) schreibt (weil es englisch ist). Ein „Sportsman" ist reich, hat wohlgepflegte Hände, manikürte Fingernägel, ein duftiges Seidentüchlein aus der Brusttasche gucken. Besonderer Wert wird auf Stallduft gelegt — oder Benzinduft. Rennpferde, Autos, Totalisator, Wetten und Geldverprassen, das sind die Schlagwörter, die die Unentbehrlichkeit der „Sportsmen" im sozialen Leben erweisen.

Nun haben die Sportsmen selbstverständlich auch ihre Liste zu den Stadtverordnetenwahlen. Der

„Ring der Angestellten und Beamten"

verkündet in den bürgerlichen Zeitungen mit Stolz, daß auf seiner Liste **auch Namen bekannter Sportsleute** stehen, die als Sachkundige für Anlegung von — **„Spielplätzen"** (für Pferde- und Automobilrennen?) besonders geeignet seien.

Die Tollheit und Gewissenlosigkeit kann nicht mehr überboten werden. Das Hallische Volk braucht Lebensmittel, braucht Wohnungen, braucht soziale Fürsorge, braucht eine vernünftige Volksschule — und da kommen die Macher der reinen, egoistischen Beamtenliste daher und empfehlen ihrer Gefolgschaft die Wahl von „Sportsleuten!" Ist es nicht Skandal genug, daß die Stadt Halle dem „Sächsischen Reiterverein" eine jährliche Subvention von 5000 Mark schenkt? Der feudale Reiterverein besteht aus lauter schwerreichen Leuten, Bankiers, aus „Sportsmen". Die Herrschaften schämen sich nicht, für ihre noblen Klubzwecke fünftausend Mark jährlich aus städtischen Steuergeldern im Empfang zu nehmen. Deshalb müssen die Einkommen von 660 Mark in Halle schon versteuert werden, damit die Steuergroschen den reichen Sportsleuten zu Vergnügungszwecken geopfert werden können. Jedes Jahr hat bei der Etatsberatung die sozialdemokratische Fraktion gegen diese tolle Verschleuderung von Steuergeldern protestiert und die Streichung der 5000 Mark beantragt. Ein Hohngelächter war die Antwort.

Nun sollen noch mehr „Sportsmen" in die Stadtvertretung, auf daß wohl die Subvention von 5000 Mark auf 10 000 Mark erhöht werde. Was? Der egoistische Wahnsinn derer, denen es gut geht, ist wahrhaft grenzenlos!

Die ganze Sonderliste der Beamten ist eine Schmach — für die Herrschaften selber. Diese Leute kennen nur die Sorge für sich. Ihr ganzes „Kommunalprogramm" heißt: hohe Gehälter! Sonst haben sie keine Schmerzen. Das Wohl der Hallischen Bevölkerung ist ihnen gleichgültig. Wohnungspflege, Sozialpolitik, Schule — interessiert nicht. Darüber haben sie überhaupt keine Meinung, oder jeder eine andere. Nur die Ergatterung hoher Gehälter und guter Anstellungsbedingungen ist den Drahtziehern der Beamtenliste gemeinsam. Wahrhaftig: ein nobles Kommunalprogramm! **Die Liste des Oberingenieurs Heine richtet sich selbst.** Der Herr war bereits Stadtverordneter. Seine einzige Tätigkeit hat darin bestanden, einen Antrag auf — Erhöhung der Beamtengehälter zu stellen.

Für das schaffende Volk ist die Liste der Beamten und Sportsleute gebrandmarkt.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 24. April 1919.

Auf zur Versammlung!

Ueber die hohe Bedeutung der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl wird in der heute abend 7 Uhr nach dem Leipziger Dreier einberufenen Versammlung der frühere Stadtverordnetenvorsteher Genosse Hennig sprechen.

Wähler und Wählerinnen! Hinein in die Versammlung.

Die Sozialdemokratie in der Gemeindeverwaltung.

In einer außerordentlich stark besuchten öffentlichen Stadtverordnetenwählerversammlung sprach gestern abend der Stadtverordnete Genosse Leid-Berlin über die Tätigkeit sozialdemokratischer Vertreter in den Gemeinden. Redner bemerkte eingangs seiner Ausführungen, daß es verhängnisvoll wäre, wenn sich etwa bemerkbar machende Wahlmüdigkeit der Arbeiterschaft veranlassen sollte, ihre Wahlpflicht zu vernachlässigen. Gewiß, Wahlen sind nicht allein entscheidend für die Gestaltung der ferneren Geschicke des deutschen Volkes, aber bei den Wahlen zu den Stadtparlamenten hat jeder Proletarier seine volle Pflicht zu erfüllen. Täglich wird uns vorgeführt, daß wir jetzt politische Freiheiten haben. Wir wissen ja hier in Halle noch besonders, was es mit diesen politischen Freiheiten auf sich hat. Auch bei vollendetster politischer Freiheit ist heute das Proletariat noch genau so unterdrückt und geknechtet, wie unter dem alten Regiment. (Zurufe: Nein, noch schlimmer!) Noch heute muß für das Kapital gefrondet werden. Solange dieser Zustand anhält, kann es nur eine Parole geben: Wir sind nur auf uns selbst angewiesen. Erst wenn die kapitalistische Wirtschaftsform beseitigt ist, erst dann ist das Proletariat wirklich frei. Unser ganzes gesellschaftliches Leben ist in Klassen zerrissen. Die arbeitende Bevölkerung muß sich klar sein darüber, daß ihre Interessen gemeinsam sind, und sie gemeinsam den harten Kampf gegen die anderen Klassen zu führen hat. Diese Erscheinungen treten nicht nur auf politischem Gebiet auf, sondern auch im Gemeindeleben, weil auch dort dieselben Klassen herrschen. Im Gemeindeleben treten die Klasseninteressen der Besitzenden noch deutlicher hervor. Redner beleuchtete die bisherigen Vorrechte der Besitzenden, namentlich des unersättlichen Hausbesitzertums. Der Unterschied zwischen unserer Arbeit und derjenigen der Hausbesitzer besteht darin, daß wir unsere Propaganda offen, frei und ehrlich betreiben, während sie im geheimen, dafür aber mit um so größerem Eifer, wühlen. Nicht mehr dürfen die Sonderwünsche kleiner Cliquen in der Stadtpolitik maßgebend sein. Das Wohl der breiten Massen soll oberstes Gesetz sein. Solange um uns herum noch die kapitalistische Produktion besteht, wird unsere Tätigkeit gehemmt. Nicht alle Wünsche werden wir im Anfang befriedigen können, zumal, wo wir durch den entsetzlichen Krieg vor so schwere Aufgaben gestellt sind. Denn schrecken wir vor dieser Aufgabe nicht zurück, denn schließlich würden uns die jetzt noch herrschende Gesellschaft auch nichts besseres bringen können — sicher nur schlechte es. Es gibt kaum ein Gebiet, das nicht in den Tätigkeitsbereich der Gemeinde fällt. Was noch gefehlt hat, brachte der Krieg. Unser Hauptaugenmerk werden wir darauf richten müssen, daß die Gemeinden in die Lage kommen, sich wirklich selbst zu verwalten. Bis jetzt steht das Selbstverwaltungsrecht nur auf dem Papier. Wir werden nicht eher ruhen, bis das Zweikammersystem beseitigt ist. In der preußischen Landesversammlung

Ein Rückblick aus dem Jahre 2000.

13] Von Edward Bellamy. Nachdr. verb.

Siebentes Kapitel.

„Nachdem Sie Ihre Arbeitsarmee ausgehoben haben," sagte ich, „muß meines Erachtens die Hauptschwierigkeit beginnen, denn dann hört die Rücksicht mit der Militärarmee auf. Alle Soldaten haben das nämliche zu tun, und zwar etwas höchst Einfaches: sich im Gebrauch der Waffen zu üben, zu marschieren und Wache zu stehen. Im Arbeitsheer dagegen müssen zwei- bis dreihundert verschiedene Handwerke und Berufsarten gelernt und ausgeübt werden. Welches Verwaltungstalent wäre wohl weise genug, darüber zu entscheiden, welchen Beruf jedes einzelne Mitglied einer großen Nation betreiben soll?"

„Die Verwaltung hat mit der Entscheidung darüber gar nichts zu tun."

„Wer entscheidet denn?" fragte ich.

„Jeder einzelne entscheidet die Frage für sich selbst, je nach seinen natürlichen Anlagen und Neigungen. Damit jedermann darüber im klaren sei, gibt man sich die allererdenklichste Mühe, herauszufinden, welches in Wirklichkeit die natürlichen Anlagen und Fähigkeiten des einzelnen sind. Unser Arbeitsheer ist nämlich nach diesem Grundsatz organisiert: die natürliche Veranlagung jedes Menschen, sowohl die körperliche wie die geistige, muß darüber entscheiden, welchen Beruf er zum größtmöglichen Nutzen für die Nation und zu seiner eigenen Befriedigung ausüben kann. Niemand kann sich der allgemeinen Arbeitspflicht überhaupt entziehen, welche besondere Art der Arbeit aber ein jeder verrichten wird, das hängt von seiner eigenen freien Wahl ab, die nur in den Grenzen des Notwendigen geregelt ist. Es ist von äußerster Wichtigkeit für die Zufriedenheit eines Menschen, daß er während der Zeit seiner Arbeitspflicht einen Beruf ausübt, der seinen Neigungen entspricht. Daher achten Eltern und Lehrer von den ersten Jahren der Kinder an auf jedes Anzeichen besonderer Anlagen. Das eingehende Studium unserer Wirtschaftsordnung und ihrer Geschichte bildet in der Folge auch einen wichtigen Teil unserer Jugenderziehung, ebenso die Einführung in die Anfangsgründe aller bedeutenden Gewerbe. Eigentlicher gewerblicher Berufsunterricht wird in den Schulen nicht erteilt; sie streben eine allgemeine geistige und wissenschaftliche Ausbildung an. Jedoch lernt unsere Jugend die großen Zweige des nationalen Wirtschaftslebens nicht nur theoretisch aus Büchern kennen. Sie wird vertraut gemacht mit den Werkzeugen und Arbeitsverfahren, die in verschiedenen wichtigen Gewerben zur Anwendung kommen. Besuche der Schüler in unseren Werkstätten dienen diesem Zwecke und Ausflüge, die mit gewissen Gebieten unseres Wirtschaftslebens oder bestimmten Unternehmungen bekannt machen. In Ihrer Zeit hatte sich niemand zu schämen, wenn er von allen Berufen durchaus nichts verstand, seinen eigenen ausgenommen. Heute würde solche Unwissenheit sich nicht mit der Auffassung vertragen, daß es jedermann möglich sein solle, sich mit klarem Bewußtsein für die Beschäftigung zu entscheiden, auf die ihn Fähigkeit und Neigung hinweisen. Lange ehe der junge Mann zur Arbeitspflicht herangezogen wird, hat er sich gewöhnlich schon für einen Beruf entschieden, besitzt eine gewisse Kenntnis davon und wartet mit Ungeduld darauf, in das Arbeitsheer eingereiht zu werden. Es kommt jedoch auch vor, daß jemand keine besondere Neigung für einen bestimmten Beruf zeigt und keine Wahl trifft. Diesem wird dann irgendeine jener Beschäftigungen zugewiesen, die keinen bestimmten Charakter tragen, keine besonderen beruflichen Vorkenntnisse erfordern, und in denen es gerade für den Augenblick an Leuten mangelt."

„Gewiß," sagte ich, „trifft es sich kaum je, daß die Angahl der Freiwilligen, die sich für ein Gewerbe melden, genau der Menge der Arbeitskräfte entspricht, die erforderlich sind. In der Regel muß sie hinter der Nachfrage zurückbleiben oder sie übersteigen."

„Im allgemeinen nimmt man an, daß das Angebot von Freiwilligen der Nachfrage nach Arbeitskräften durchaus das Gleichgewicht hält," entgegnete Doktor Leete. „Uebrigens ist es Sache der Verwaltung, darüber zu wachen, daß dies der Fall sei. Man verfolgt sorgfältig die Zahl der Freiwilligen, die sich für jeden Beruf stellen. Wenn sich in einem Gewerbe ein ganz bedeutender Ueberschuß der sich Meldenden über die erforderlichen Arbeitskräfte ergibt, so schließt man daraus, daß es eine größere Anziehungskraft besitzen muß als irgendein anderer Beruf. Umgekehrt, wenn das Angebot von Freiwilligen für ein Gewerbe die Neigung zeigt, hinter der Nachfrage nach Arbeitskräften zurückzubleiben, so folgert man, daß dort die Arbeit recht anstrengend sei. Sowohl die Anziehungskraft der Berufe von den Arbeitsbedingungen abhängig, ist es die Aufgabe der Verwaltung, dafür zu sorgen, daß möglichstes Gleichgewicht zwischen allen Gewerben herrscht. Alle Berufe sollen gleich anziehend für Leute sein, die eine natürliche Neigung für sie empfinden. Das Gleichgewicht in der Anziehungskraft wird dadurch hergestellt, daß sich die Länge der Arbeitszeit in den verschiedenen Gewerben nach der Schwere der Arbeit richtet. So haben die leichteren Berufe, die unter den angenehmsten Bedingungen ausgeübt werden, die längste Arbeitszeit; für schwere Berufsarten dagegen, wie zum Beispiel für den Bergbau, ist die Arbeitszeit nur kurz. Keine Theorie, keine im voraus festgelegte Regel bestimmt die Anziehungskraft der Berufe. Wenn die Verwaltung einer Art von Arbeitern Lasten abnimmt und sie anderen auferlegt, so folgt sie damit nur den Schwankungen, die in der Meinung der Arbeiter selbst, wie sie sich in dem Angebot von Freiwilligen äußern. Als Grundsatz gilt, daß alles in allem genommen für niemand eine bestimmte Arbeit schwerer sein soll, als es irgendeine andere Arbeit für jemand anders ist, und daß in dieser Frage die Arbeiter selbst das entscheidende Wort zu sprechen haben. Diese Regel hat uneingeschränkte Geltung. Wenn zum Beispiel eine bestimmte Beschäftigung ihrer Natur nach so anstrengend und drückend wäre, daß man nur Freiwillige für sie gewinnen könnte, indem man das geforderte Tagewerk auf zehn Minuten herabsetze, so würde dies geschehen. Sollte aber auch dann niemand willens sein, die Arbeit zu verrichten, so würde sie unterbleiben. Vorschlag reicht jedoch eine mäßige Herabsetzung der Arbeitszeit oder die Gewährung anderer Vorteile hin, für jede der Gesellschaft notwendige Arbeit die erforderliche Anzahl von Freiwilligen zu sichern. Nehmen wir jedoch an, die unvermeidlichen Schwierigkeiten und Gefahren solch einer notwendigen Arbeit seien wirklich so groß, daß auch die Aussicht auf ausgleichende Vorteile die Abneigung gegen sie nicht zu überwinden vermöchte. In diesem Falle brauchte die Verwaltung sie nur aus der Reihe der gewöhnlichen Beschäftigungen herauszuheben, indem sie erklärt, daß diese Arbeit „ein besonderes Magnis" bedeutet, und daß jeder, der sich ihr unterzieht, „der nationalen Dankbarkeit besonders würdig sei". Sie kann dann sicher sein, daß sie von Freiwilligen überlaufen wird. Unsere jungen Leute sind sehr ehrgeizig und lassen sich keine solche Gelegenheit entgehen, um sich auszuzeichnen. Natürlich werden Sie begreifen, daß die Abhängigkeit des Wirtschaftslebens von völlig freier Berufswahl eine Voraussetzung hat: die Beseitigung aller irgendwie gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen und jeder Gefahr für Leib und Leben. Kein Betrieb darf die Gesundheit oder Sicherheit der in ihm beschäftigten Personen bedrohen. Die Nation will ihre Arbeiter nicht zu Tausenden verstümmeln und hinschlachten, wie dies die Einzelkapitalisten und Aktiengesellschaften Ihrer Zeit taten."

„Wenn nun aber mehr Personen einen gewissen Beruf ergreifen wollen, als in ihm beschäftigt werden können! Wie entscheidet man dann zwischen den Bewerbern?" erkundigte ich mich.

„Man gibt dann denen den Vorzug, die für diesen Beruf am begabtesten und besten vorgebildet erscheinen. Man urteilt darüber nach den seitherigen Arbeitsleistungen der Bewerber und nach dem, was sie in der Jugend gelernt haben. Die Möglichkeit jedoch, auf einem bestimmten Gebiet zu zeigen, was man leisten kann, bleibt auf die Dauer niemand verschlossen, der jahrelang auf seinem Wunsch beharrt. Außerdem besitzt wohl jedermann auch noch für den einen oder anderen Beruf etwas Neigung und eine gewisse, wenn auch nicht die höchste Begabung. Er findet daher sicherlich ein zusagendes Tätigkeitsgebiet, bis er den Beruf ausüben kann, den er allen anderen vorzieht. Man hält es für selbstverständlich, daß jedermann seine sämtlichen Anlagen ausbildet, damit er nicht nur zur Arbeit zu einem einzigen Beruf geschickt sei, sondern in zwei oder drei verschiedenen Fächern tätig zu sein vermöge. So kann er auch dann noch eine ihm verhältnismäßig zusagende Beschäftigung finden, wenn es vorkommen sollte, daß er sich schon im Beginn seiner Laufbahn oder auch späterhin als unfähig erweise, seinen erstgewählten Beruf auszuüben. Ich sage auch späterhin, weil mit Fortschritten, mit Erfindungen sich die Anforderungen steigern können, die ein Beruf stellt. Für unsere Wirtschaftsordnung ist der Grundsatz von großer Wichtigkeit, daß ein Beruf an zweiter Stelle gewählt und ausgeübt werden kann. Ich muß noch eins hinzufügen. Wohl verläßt sich die Verwaltung in der Regel auf die Berufswahl, um die verschiedenen Tätigkeitsgebiete mit Arbeitskräften zu versorgen. Sobald jedoch in einem bestimmten Beruf plötzlich Mangel an Freiwilligen eintritt oder eine bedeutende Steigerung der Arbeitsleistungen notwendig wird, so steht ihr im Notfall das Recht zu, besondere Freiwillige einzuberufen oder aus anderen Berufen Leute heranzuziehen. Allein im allgemeinen kann jeder berufsmäßige Beruf durch Berufung von Arbeitskräften aus der Klasse der ungelernten oder gewöhnlichen Arbeiter gedeckt werden."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190424-14/fragment/page=0005

ist ein dahingehender Vorstoß von unseren Parteigenossen bereits unternommen worden. Wir müssen vorwärts, auch in den Gemeinden, wenn wir die Interessen der Allgemeinheit vertreten sollen. Wir müssen dafür sorgen, daß die Lebensmittelversorgung nicht wieder zu Profitzwecken benutzt wird. Die Milchversorgung muß unter allen Umständen, schon im Interesse der Kranken und Kinder, in der Hand behalten werden. Die Polizei ist heute noch so allmächtig wie ehedem, sie ist immer noch ein Instrument zur Niederhaltung der Arbeiterschaft. Sie soll aber nichts anderes sein als ein Organ zum Schutze und zur Hilfe der Bürgerschaft. Die schreckliche Wohnungsnot kann nur mit durchgreifenden Mitteln beseitigt werden. Außerordentliche Schwierigkeiten entstehen unserer Tätigkeit auf dem Gebiete des Steuerwesens. Durch die überhandnehmende Kleinstaaterei dürfte es leider noch schwieriger werden, ein einheitliches Steuerwesen zu schaffen. Alle Kraft muß dafür eingesetzt werden, um eine progressive Steigerung der Steuersätze zu erreichen. Unsere Preußenfraktion hat verlangt, daß die Regierung mit Hilfe von Verordnungen vorgeht.

Eingehend besprach Genosse **Leid** das große Gebiet der sozialen Fürsorge. Die Stadt muß die wirkliche Mutter der Armen sein. Auf keinem Gebiete hat das Muckertum solche Triumphe gefeiert als gerade auf dem Felde der Fürsorgeerziehung. In der Gemeinde ist auch überreichlich Gelegenheit geboten, auf dem dankbaren Gebiete des Bildungswesens tätig zu sein. Der Sozialismus kann nur durchgeführt werden, wenn die Massen für unsere Ideen erzogen sind. Der Krieg hat in entsetzlicher Weise verrohend gewirkt. Es muß alles getan werden, um diese schrecklichen Folgen zu beseitigen. Die kommende Generation muß erzogen werden zu freien, aufrechten Menschen. Nicht zum Völkerhaß, sondern zur Solidarität. Nur freie Menschen sind in der Lage, dafür zu wirken, daß der Sozialismus zum Siege gelangt und Sieger bleibt. Und das kann nur erreicht werden durch die Wahl von unabhängigen Stadtverordneten, durch einen schönen Sieg der Liste **Hennig**.

An den mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Aussprache. Genosse **Jänicke** besprach die Vorgänge, die dazu geführt haben, daß wir nochmals wählen müssen, und schilderte, auf wie scheußliche Art die Opfer der vom Bürgertum hergeholten Noskegarden gepeinigt wurden. Unter starkem Beifall der tief erschütterten Versammlung forderte er auf, alles zu tun, um die Opfer zu rächen durch die Wahl einer starken sozialistischen Mehrheit. In gleichem Sinne sprach Herr **Röder**, ebenfalls ein Opfer der Noskesöldner. Auch als Beamter müsse er zur Wahl der Unabhängigen Liste auffordern. — Gen. **Albrecht** wandte sich besonders gegen die Sonderliste der Kriegsbeschädigten, durch deren Aufstellung nur Zersplitterung herbeigeführt werde. Unsere grundsätzliche Stellungnahme ist im folgenden Aufsatz dargelegt. Mit der Aufforderung zu tatkräftiger Agitationsarbeit bis zum Wahltage und am Sonntag selbst schloß er die gutverlaufene Versammlung.

Sonderliste der Kriegsbeschädigten.

Eine Sonderliste haben die Kriegsbeschädigten aufgestellt. Sie werben in einer Anzeige auch im Volksblatt für ihre eigene Sonderliste. Die Sonderlisten sind in Halle üblich, und wohl nur in Halle. Es ist das ein trauriger, beklagenswerter Zustand. In Halle kann man einfach nicht begreifen, daß die Stadtpolitik für das **ganze Hallische Volk** getrieben werden muß. Jede Sondergruppe sendet aber nur „Vertreter **unserer** (!) Interessen" aufs Rathaus. Die Hausbesitzer betrachten die Kommunalpolitik nur unter dem Gesichtspunkte des Nutzens für den Hausbesitz, die Beamten mit ihrer Sonderliste wollen nur hohe Gehälter für sich — und die Kriegsbeschädigten machen die Kriegsbeschädigtenfürsorge zum einzigen Gesichtspunkt der Stadtverordnetenwahl. Dabei ist die Kriegsbeschädigtenfürsorge **Sache des Reiches**. Soweit die Gemeinden Fürsorge für die bedauernswerten Kriegsbeschädigten treiben können, steht die Unabhängige Sozialdemokratie für sie ein. Das hat sie bewiesen. Kriegsbeschädigte des **schaffenden Volkes** können nicht so kurzsichtig sein, von ihrer Zugehörigkeit zur Unabhängigen Sozialdemokratie abzulassen. Sie stimmen für ihre Parteiliste, die Liste Hennig. Durch eine Sonderaktion würden sie die Unabhängige Sozialdemokratie schwächen, die allein imstande ist, durch eine starke Fraktion Fürsorge für die Kriegsbeschädigten zu treiben. Der kriegsbeschädigte **Arbeiter** weiß, daß der **Sozialismus** ihm allein Erlösung bringen kann. In der Gemeinde muß der **Kommunalsozialismus** eingeführt werden, das ist die Aufgabe. Der Kommunalsozialismus bedeutet Fürsorgepolitik für **alle** Schwachen, Krüppel, Armen und Dürftigen. Kriegsbeschädigte, vergeßt das nicht! Werdet nicht untreu eurer Klasse, verlaßt nicht eure politischen Ideale. Seid in erster Linie **Sozialdemokraten — und handelt danach!**

Laßt sie laufen!

Die **Regierungssozialisten** haben auch ein Flugblatt zur Stadtverordnetenwahl herausgebracht, das von klobigen und gemeinen Angriffen auf die Unabhängigen strotzt. Es ist ausgeschlossen, daß wir den Herren erwidern. Wir haben weder im letzten Stadtverordnetenwahlkampf noch in dem gegenwärtigen auch nur **ein Wort** gegen sie geschrieben, dabei bleibt es. Die Nichtswürdigkeit, gegen die Arbeiterpartei anzukämpfen, muß **ihnen allein** überlassen bleiben. Wenn die Herren aber **fortfahren** sollten, die kommunale Tätigkeit der Unabhängigen Sozialdemokratie zu begeifern, so wird ihnen gedient werden — **nach** der Wahl!

Wo wird gewählt?

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei der am Sonntag stattfindenden Stadtverordnetenwahl alle Personen in dem Stimmbezirke ihr Wahlrecht ausüben können, in welchem sie bei der Wahl am 2. März dieses Jahres gewählt haben oder wählen konnten.

Zur Lohnbewegung der städtischen Arbeiter

wird uns vom Gesamtarbeiterausschuß noch geschrieben: Am 13. April lief der Lohntarif der städtischen Arbeiter ab. Die Arbeiten zur Schaffung eines Städtetarifs lagen in den Händen des Stadtrats Dr. Kinne, den Direktoren der städtischen Betriebe und dem Gesamtarbeiterausschuß der städtischen Arbeiter. Vom Arbeitsministerium war anerkannt worden, daß in Halle die teuersten wirtschaftlichen Verhältnisse vorhanden sind und für die staatlichen Arbeiter in Halle ein Lohnzuschlag von 10 Pf. die Stunde vom 1. März angeordnet. Die Forderungen der Arbeiter waren keine übertriebenen. Bei den Lohnskalen forderten sie Gleichstellung mit den Arbeitern in Staatsbetrieben. In der Ernährungsfrage wurde darauf hingewiesen, daß nach Schluß des Krieges eine gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel stattfinden sollte, aber nicht, wie in den Staatsbetrieben, höhere Rationen verteilt werden. Weiter enthält der Städtetarif Vereinbarungen über Sommerferien, Ruhegehälter, Regelungen von Ueberstunden, Sonntagsarbeiten sowie Zahlung eines Zuschusses zum Krankengelde. Den Beamten waren die Streiktage bezahlt worden; auch hier wurde Gleichstellung verlangt. Ferner hatten die Arbeiter den Magistrat ersucht, auch für die Beamten ein auskömmliches Gehalt zu zahlen. Die Verhandlungskommission hatte diese Forderungen anerkannt und Stadtrat Dr. Kinne wollte beim Magistrat ihre Genehmigung herbeiführen.

Der Magistrat der Stadt Halle **lehnte diese Forderung ab** mit folgender Begründung: Die **wirtschaftlichen Verhältnisse** haben sich in letzter Zeit **nicht viel verändert** und eine **Lohnerhöhung** ist zurzeit **nicht nötig**. In letzter Zeit wurden die in die Woche fallenden Feiertage bezahlt: auch dies kommt in Wegfall. Daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse gerade in letzter Zeit kolossal verschlechtert haben, beweist, daß Kohlen 5 Mk., Grude 3.50 Mk., Kartoffeln zur Saat 28 Mk. pro Zentner, Mehl 2 Mk. pro Pfund, Eier 1.30 Mk. pro Stück, Rohfleischkonserven 3.70 Mk. pro Pfd. kosten. Die Regierung und viele großen Städte haben die schlechte Lage der untersten Schichten anerkannt und zahlen einigermaßen auskömmliche Gehälter und Löhne. Nur in Halle muß man wieder so rückständig wie möglich sein. Die städtischen Arbeiter werden in einer großen Versammlung Stellung zu dem abschlägigen Bescheid des Magistrats nehmen und das nötige Material beibringen, wie es beim Staate sowie in anderen Städten aussieht. Der gesamten städtischen Arbeiterschaft kann infolge der Haltung des Magistrats nicht eindringlich genug die Wichtigkeit der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl vor Augen geführt werden. Agitiere ein jeder für den Sieg der unabhängigen Liste **Hennig**

Die Volksernährung in Halle.

Nachdem Herr Abderhalden bereits erschütternde Bilder über den Ernährungs- und Gesundheitszustand der Hallischen Bevölkerung veröffentlicht hat, ergänzt Herr Professor v. Drigalski diese Dokumente des Elends in einem Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Gelegentlich einer Sitzung brachte Herr Stadtrat Gröbel Klagen über **mangelhafte Ernährung** unter Arbeitern (Metallarbeitern) vor. Man konnte dagegen einwenden, daß die Arbeiter heute sehr hohe Löhne beziehen. Aber nach meiner täglichen Erfahrung und dem Ergebnis planmäßiger Untersuchungen bei der Bevölkerung kann ich jene Angaben nur **voll bestätigen**. So sehe ich fast täglich unter den Beamten, die in meine Sprechstunde kommen, Leute, die wegen **Reizbarkeit und unleidlichen Benehmens** ihrer Dienststelle auffallen und deswegen ärztlich zu untersuchen sind. In vielen Fällen liegt nichts anderes vor, als eine **starke Unterernährung**, die den Leuten diejenige Selbstbeherrschung unmöglich macht, die im sozialen und öffentlichen Leben notwendig und in normalen Zeiten bei jedem anständigen Menschen selbstverständlich ist. Ebenso sehe ich in diesen Sprechstunden tagtäglich viele **Schulkinder**, bei denen es nur noch eine Frage von Wochen ist, wann ihr Kräftezustand so elend geworden sein wird, daß sie nicht einmal mehr den Unterricht trotz mancherlei Erleichterungen besuchen können. Alle diese Leute haben keine besondere Krankheit, sondern sie weisen eine graue oder eine wächserne gelbe Gesichtsfarbe auf, wie man sie sonst bei Krebskranken findet. Der Blick ist erloschen, der allgemeine Ausdruck müde, die Haut welk, **Fettpolster kaum mehr nachweisbar**. Es gibt bestimmte Fettbestände im Körper, die als unentbehrlich vom Organismus nur in Zeiten höchsten Fettmangels nach längerem Hungern angegriffen werden. Dazu gehört in erster Linie das Fett in der Augenhöhle: das Tiefliegen der Augäpfel bei vielen Leuten ist also ein deutliches Zeichen, wie weit es mit dem Fettschwund **durch Hunger** gekommen ist.

Die Zunahme der **Blutarmut** haben wir bei Untersuchung aller Schulkinder in den jüngsten Klassen auf rund **das Dreifache** der früher notierten festgestellt. Dabei haben wir unwillkürlich, schon um Uebertreibungen zu vermeiden, einen sehr strengen Maßstab angelegt; es wurden nur solche Zustände von Blutarmut gerechnet, welche für die Schulfähigkeit bereits bedenklich waren. Es war daher außerordentlich wichtig für uns, diese auf persönlichem Eindruck beruhende Feststellungen durch eine **neutrale Aerztekommission** nachprüfen zu lassen, wie sie auf Veranlassung des Herrn Geheimrat **Abderhalden** kürzlich hier eintraf.

Vor einigen Monaten soll nach Zeitungsnachrichten eine **amerikanische Kommission** bei solchen Besichtigungen in Berlin den Eindruck keiner besonderen Not bekommen haben. Wenn man solchen Gästen aus Gründen der Gastfreundschaft **Festessen vorsetzt**, wie sie sich kein Durchschnittsmensch bei uns mehr leisten kann, wenn man es ihnen ermöglicht, in sehr teueren Restaurants ausnahmsweise hinreichend Speise und Trank zu finden, und wenn sie den Leichtsinn sehen, der sich in den Straßen und Vergnügungsstätten breit macht, so ist es verständlich, wenn solche Gäste mit dem Urteil abreisen, in Deutschland bestehe noch keine Hungersnot, und wenn sich im Ausland zum Teil die Meinung herausbildet, unsere Angaben seien übertrieben. Daher war eine Feststellung der unangemeldet hier eintreffenden neutralen Kommission sehr wichtig für die Frage, wie weit man unseren Angaben glauben darf.

Ich kann nur sagen, daß einem **die Tränen der Wut** nahe standen, wenn man als Deutscher den Fremden die Häufung des Elendes **in allen Bevölkerungskreisen** zeigen mußte, statt wie früher Nachahmenswertes oder gar Mustergültiges. Die Kommission besichtigte mit uns das Alters- und Pflegeheim, das Riebeckstift und alle Knabenklassen der Glauchaschule (rund 700 Schüler). Diese Aerzte gaben der Ansicht Ausdruck, daß unsere Ziffern — soweit sie Feststellungen nach persönlichem Eindruck wiedergeben — viel zu bescheiden gehalten wären. Sie fanden **erhebliche Blutarmut** bei den Schulkindern in rund **30 Prozent**, **ein ganz auffallendes Zurückbleiben im Wachstum** bei vielen der jüngsten wie der ältesten Schüler und **auffallenden Schwund des Augenhöhlenfettes bei fast ¾** aller Gesehenen. Im Alters- und Pflegeheim war ein Teil der sonst nicht eigentlich kranken Leute **bettlägerig aus Schwäche**. Die Besichtigung der Küche und das Proben des Essens, das Fehlen aller Vorräte erklärte das Gesehene hier wie im Riebeckstift ohne weiteres.

Die fremden Gelehrten gaben wiederholt ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß wir durch die allmähliche Gewöhnung viel zu abgestumpft seien, um noch das Elend in seiner ganzen Größe zu sehen, und daß wir in übertriebener Gewissenhaftigkeit unsre Ziffern viel zu klein gehalten hätten. „Verdreifachen Sie Ihre Zahlen, dann kommen Sie ungefähr auf das Richtige," sagte Professor Brandt-Christiania, ein sonst ziemlich kritischer Herr. Auch ich muß sagen, daß es lehrreich, zugleich aber auch **erschütternd wirkte**, mit Hilfe der normalen Augen fremder Gelehrter das Elend in seiner ganzen Größe zu sehen. Die Unterernährung und Zunahme der Reizbarkeit ist auch bei vielen Beamten unverkennbar. Schwächezustände sind auch hier gar nicht selten. Meine eigenen Kinder sind trotz aller Bemühungen im Wachstum auffallend zurückgeblieben. Von den Folgen der völkerrechtswidrigen Hungerblockade ist keine Bevölkerungsschicht frei!

Die Tuberkulose nimmt in unheimlicher Weise zu, die Sterblichkeit ist etwa aufs Doppelte gestiegen; auffallend ist jetzt das früher nur ganz ausnahmsweise beobachtete **Sterben Jugendlicher**. Wir können viel gegen die Tuberkulose erreichen, wenn wir Lebens- und Stärkungsmittel zur Verfügung haben. Das Stadternährungsamt tut, was es kann, hat uns aber vor einigen Wochen sagen müssen, daß die meisten unserer Anträge (besonders solche auf Milch) vergeblich seien. Wir können daher **die Tuberkulose nicht wie früher mehr eindämmen** und wir können sie nicht mehr heilen; **wer heute an Lungentuberkulose erkrankt, ist verloren!**

Herr Professor v. Drigalski kommt zum Schlusse genau wie Herr Professor Abderhalden und alle bürgerlichen Herren zu der Ansicht, daß die streikenden Arbeiter das deutsche Volk dem Hungertode entgegenführen, und ermahnt sie, doch mit der letzten Willenskraft die „Krankheit des Streikens" zu überwinden. Es ist ein verhängnisvoller Fehler dieser Kreise, die **wahren Ursachen** der gewaltigen Streiks so völlig zu verkennen. Wir müssen immer wieder betonen: die Arbeiterklasse ist sich klar über die Wirkung des Streiks. Sie weiß auch, daß sie selbst von den Folgen mit betroffen wird. Sie weiß aber auch, daß sie die Kämpfe führen **muß**, weil **sonst das Elend noch größer würde**. Der Kapitalismus, der die Menschheit in das namenlose Unglück gebracht hat, soll durch die Kämpfe endgültig beseitigt werden. Selbst weitschauende bürgerliche Politiker beginnen einzusehen, daß ein Aufbau des Wirtschaftslebens auf kapitalistischer Grundlage nicht mehr möglich ist. Regierung und Bürgertum aber tun alles, um den Sozialismus, der allein allmähliche Gesundung bringen kann, abzuwürgen. Deshalb **muß** die Arbeiterschaft dafür kämpfen. Die Waffen des Militarismus, die Mittel brutaler Gewalt verschmäht sie; die mit dem Besitz des Kapitals verbundene politische und auch geistige Uebermacht zwingt mit eiserner Notwendigkeit zur Anwendung der letzten und einzigen Waffe, zur Verweigerung der Arbeitskraft. Die Herren, die jetzt mit Entsetzen erkennen, **wohin uns die wahnsinnige Kriegspolitik ihrer Klassengenossen gebracht hat**, sollten endlich auch begreifen lernen, daß die Wiederaufrichtung des Kapitalismus die Verewigung des Elends bedeutet. Sie verwechseln, wenn sie über die Streiks jammern, noch immer Ursache und Wirkung. In dem Augenblick, wo die Regierung den durchaus berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen und mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft beginnen wird, werden die Streiks verschwinden und die Arbeiter freudig ihre Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Das ist die Kernfrage, an der auch Gelehrte und Aerzte nicht mehr achtlos vorübergehen sollten.

Metallarbeiter. Freitag abend 7 Uhr im Volkspark (Kolonnade) Sitzung der Vertrauensleute. Die Ortsverwaltungsmitglieder werden ersucht, sich eine halbe Stunde früher einzufinden. Zutritt haben nur Vertrauensleute. Die Ortsverwaltung.

* **Polizeiherrschaft in der „sozialistischen" Republik.** Mittwoch vormittag um 11 Uhr erschienen bei dem Mitglied der Kommunistischen Partei Karl Schmidt vier Kriminalbeamte und veranstalteten eine Haussuchung nach kommunistischen Schriften. Die Beamten erklärten, daß sie von der Staatsanwaltschaft mit der Haussuchung beauftragt worden seien. Irgendwelche Gründe konnten sie nicht angeben. Man beschlagnahmte sämtliche Bücher, Schriften und Zeitungen und sämtliches Material, das mit der Kommunistischen Partei im Zusammenhange steht, wie Aufnahmescheine, Mitgliedsbücher, Kassenbücher usw. Auf dem Papier haben wir vollkommene Vereins- und Versammlungsfreiheit. Die Polizei hat kein Recht, in Mitgliederlisten oder Bücher eines politischen Vereins Einsicht zu nehmen. Was fragen jedoch die Organe des öffentlichen „Rechtes" nach gesetzlichen Bestimmungen, wenn es sich um die vogelfreien Kommunisten handelt. Was wird der famose Minister Heine zu der neuesten Schildbürgertat seiner allzu pflichteifrigen Werkzeuge sagen? Die Kommunistische Partei hat sofort telegraphisch schärfsten Protest gegen die Beschlagnahme erhoben.

* **Halle Garnison der Noskegarde?** Wie die Saale-Zeitung berichtet, wird der Stadt Halle voraussichtlich das Heil widerfahren, Garnison der Landesjäger auch für die — „Friedenszeit" zu werden. Der Bürgerausschuß, der die Noskegarden hergerufen und die traurigen Vorgänge Anfang März auf dem Gewissen hat, fühlte sich veranlaßt, den Reichswehrminister Noske mit einer Eingabe um Belassung der Landesjäger in Halle zu bearbeiten. Herr **Helms**, der Macher des Bürgerausschusses, hat nun vom Chef des Generalstabes die Mitteilung erhalten, daß das Landesjägerkorps in den Regierungsbezirk Merseburg verlegt wird und Teile desselben voraussichtlich in Halle untergebracht werden sollen. Ob und inwieweit Halle auch als Friedensgarnisonort in Frage kommt, lasse sich zurzeit noch nicht bestimmen.

Das kapitalistische Bürgertum wird nun jubeln und alle Hebel in Bewegung setzen, die Weißgardisten dauernd in Halle zu behalten. Glaubt man doch, mit diesen bewaffneten Jünglingen die klassenbewußte Arbeiterschaft niederhalten zu können. Es handelt sich nicht um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung — die war vor dem Einzug der Landesjäger vorhanden —, sondern es soll die kapitalistische „Ordnung" geschützt und gestützt werden. Daß die Noskegardisten zweifelhafte Ordnungshüter sind, haben wir schon oft nachgewiesen. Auch in Magdeburg mußte man das bald einsehen. Die kapitalistische Magdeburgische Zeitung, die auch so entzückt über den Einzug der Maercker-Truppen war, mußte schon nach einigen Tagen schamhaft melden, daß etwa **20 Landesschützen als Diebe** auftraten. Wir waren uns über den moralischen Wert der Regierungstruppen schon lange klar. Je mehr sie zu konterrevolutionären Zwecken mißbraucht werden, desto mehr anständige Elemente kehren der Truppe den Rücken, die auf das Niveau der käuflichen Streikbrecherbanden sinkt. In Essen tritt man schon an die Eltern von **jugendlichen Verbrechern** heran, daß sie die Einwilligung zum Eintritt in die Freiwilligenkorps geben, wonach sie dann **aus dem Gefängnis entlassen** würden. Uebrigens: die Zeit dürfte nicht mehr fern sein, wo die reaktionären Kreise keine Gelegenheit mehr haben werden, unterm Deckmantel der Regierungstreue und Ordnungsliebe ihre weißen Garden aller Art zu züchten.

* **Wer knallt herum? Das bewaffnete Bürgertum.** Das sagt der heutige Polizeibericht mit folgenden dürren Worten: In einem Garten an der Talstraße wurden zwei Personen beim Schießen mit scharfer Munition aus Revolver und Selbstladepistole betroffen. Während der eine von ihnen im Besitze eines Waffenscheines war, wurde dem anderen die Waffe abgenommen. — Jetzt weiß man's durch amtliche Bestätigung, wer die nächtliche Knallereien verübt. Arbeiter, „Spartakuden" sind's nicht, denn diese bekommen keine Waffenscheine, auch würde man sie nach dem Kirchtor bringen und sich nicht mit der Waffenabnahme begnügen.

* **Der Schlichtungsausschuß für den Bezirk Halle** hat in der Klage des Registrators Gaatzenmeyer gegen die Friedrich-Wilhelm-Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft, Berlin, Subdirektion Halle, folgenden Schiedsspruch gefällt: Der Antragsteller hat auf Grund des Abkommens vom Anfang Februar der Bureauangestellten, Ortsgruppe Berlin, mit den Arbeitgebern im Versicherungsgewerbe einen Anspruch von 400 Mk., da er vor dem 22. Dezember sich zur Wiedereinstellung gemeldet hat und zum Wiedereintritt vor dem 22. Dezember bereit war.

* **Eine Opferwoche für die Kriegs- und Zivilgefangenen** findet in der Zeit vom 2. bis 10. Mai statt. Als Opfertage sind Sonnabend, der 3. und Sonntag, der 4. Mai bestimmt, doch werden Spenden schon von jetzt ab entgegengenommen. Die Sammlung findet unter der Bezeichnung „Deutsches Hilfswerk für die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen" statt. Die Geschäftsstelle des „Deutschen Hilfswerks für die Kriegs- und Zivilgefangenen ist am Schloßplatz 1.

* **Alle Angehörigen von Kriegsgefangenen, die es bisher versäumt haben**, als Mitglieder dem Volksbunde zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen beizutreten, werden gebeten, ihre Anmeldung unter Einsendung des Mitgliedsbeitrages bei dem Vorsitzenden der Regierungsbezirksgruppe Merseburg, Juwelier Tittel in Halle, zu bewirken. Der Mitgliedsbeitrag, der nur für ein Jahr erhoben wird, beträgt für ordentliche Mitglieder 3 Mk. oder beliebig mehr, für fördernde Mitglieder 1 Mk., so daß jedermann Gelegenheit geboten ist, sich an den Bestrebungen für unsere Kriegsgefangenen tatkräftig zu beteiligen. Der Volksbund hat in den drei Monaten seines Bestehens großes erreicht, aber vieles bleibt noch zu tun übrig. Die Regierung hat infolge des Drängens des Volksbundes durch ihre Vertreter in bestimmtester Form erklären lassen, daß sie auf keinen Vorfrieden und keinen Frieden eingehen wird, wenn die deutschen Kriegsgefangenen nicht alle innerhalb spätestens acht Wochen nach Friedensschluß herausgegeben werden. Der Volksbund will aber auch erreichen, daß die Löhnung für alle Kriegsgefangenen ohne jeden Unterschied nachbewilligt wird. Er will außerdem für einen herzlichen und würdigen Empfang aller heimkehrenden Kriegsgefangenen sorgen und ihnen die Mittel zur Heimreise verschaffen. Alle größeren Ortsgruppen sollen nach Heimkehr aller Kriegsgefangenen einen Begrüßungstag veranstalten. Vom 23. April bis 7. Mai wird durch Herrn Juwelier Tittel in Halle üb. rall da, wo sich neue Ortsgruppen bilden wollen, ein ehemaliger Kriegsgefangener als Redner zur Verfügung gestellt. Alles Werbematerial wird geliefert.

* **Walhallatheater.** Die Vorstellungen beginnen ab heute um 7½ Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190424-14/fragment/page=0006

* Stadttheater. Freitag abend 7 Uhr findet die Uraufführung der Tragödie Demiurgos von Stefan Markus statt. Leider ist die Leitung gezwungen, den für Sonnabend angesetzten Pittner-Abend sowie die für Sonntag angesetzte Aufführung von Der arme Heinrich wiederum abzusagen, weil Professor Pittner wegen der Unruhen in Bayern seine Bahnverbindung nach Halle erreichen kann. Dafür findet Sonnabend abend 7 Uhr eine Wiederholung der Oper Aida statt, für Sonntag, den 27., ist eine Wiederholung von Iliebill angesetzt. Der auf die bisher gelösten Billette erhobene Preiszuschlag wird an der Kasse zurückvergütet, sofern dieselben für Aida und Iliebill Gültigkeit behalten sollen.

Im Thaliatheater gastiert am Sonntag, den 27., abends 7 Uhr, das Personal des Stadttheaters in dem Lustspiel Großstadtluft von Blumenthal und Kadelburg.

Distriktsversammlungen.

Ammendorf und Umgegend. Freitag, den 25. April, abends ½8 Uhr, im Burgschlößchen.

Döllnitz. Freitag abend bei Krüger. Tagesordnung: Maifeier.

Raundorf-Denkewitz. Sonntag, den 27. April, abends 7 Uhr, im Gasthaus Dalnau. Es soll für Raundorf und Umgegend ein Distrikt gegründet werden. Gäste, die der Partei beitreten wollen sind eingeladen.

Merkwitz. Sonnabend, den 26. April, abends 8 Uhr, im Gasthaus Schaaf in Beesenlaublingen.

Osmünde. Sonntag, den 27. April, abends 7½ Uhr, bei Augustiniak.

Lochau. Gemeindevertretersitzung. Zuerst stand unser Antrag: Schulbücherfreiheit, zur Beratung. Gegen die Begründung erhob niemand Einspruch, man erkannte auch die Berechtigung an. Wir hatten nur 200 Mk. für Schiefertafeln und Schreibhefte beantragt; auch diese lehnte man noch ab mit der Begründung, daß über kurz oder lang die Lernmittelfreiheit doch staatlich geregelt würde. An diesem Beschlusse kennt man doch wenigstens unsere Bauern wieder. Der Voranschlag ergab in Einnahme 16 312,48 Mk., in Ausgabe 15 840,65 Mk. Zuschläge werden 150 Prozent erhoben. Unsere Genossen beantragten bei dieser Gelegenheit: Vervielfältigung des Voranschlages, Freilassung der unteren Steuerklassen und schärfere Heranziehung zur Grundsteuer. Die ersten beiden Punkte sollen berücksichtigt, der letzte bei der nächsten Etatsberatung erwogen werden. Diese Sitzung zeigte uns, daß unsere Gegner nicht gewißt sind, auch nur ein Tüpfelchen ihres sogenannten Rechtes aus der Hand zu geben. Es kann für uns nur heißen: zu jeder Sitzung alles auf Stelle.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis und für Aus der Provinz: Gottlieb Kasparek, für Anzeigen: Hermann Schöne; Verlag Buchdruckerei G. m. b. H.; Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Amtliche Wetteranlage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Freitag, den 25. April: Wechselnde Bewölkung, kühl, vereinzelt Niederschläge in Schauern.

Arbeiter, tretet den Vereinen der Unabhängigen Sozialdemokratie bei und werdet Leser des Volksblattes!

Impfe bis Ende Mai
Mittwochs und Freitags von 4—5 Uhr.
Sanitätsrat Dr. Oppenheimer,
Leipzigerstr. 70. Fernspr. 6057. *350

Echt Rauchtabak
in 50 Gr.-Beuteln zu 2.50 Mk., versendet gegen Nachnahme
G. Uhlemann, Dürrenberg a. S. 575

Offene Füße.
Bin von Merseburg nach Halle verzogen. Hierselbst werden offene Fuße u. Beinleiden jeder Art ohne Berufsstörung sicher und gut geheilt. 586
M. Fabian, Rannischestraße 18, I.

Hergisdorf.
Den geehrten Einwohnern von Hergisdorf und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich
eine Rasierstube eröffnet habe.
Ich bitte hiermit um gütigen Zuspruch. *344
Bruno Franke, Friseur, Hergisdorf Nr. 15.

Zitronen-Pressen Sobel
Steinweg 45.
Reilstraße 1. [597
Ammendorf Bahnhofstr. 3.

Hamster-, Maulwurf-, Kanin- u. a. Sorten Felle, Roßhaar u. Wolle kauft zu höchsten Preisen
A. Weise,
Pelz- und Fellhandlung,
Rannischestr. 1. Tel. 1667

Grosshändler
Hallescher Speditionsverein; Friedrich Lieban, Halle (Saale); Hensel & Hasenerl, A.-G., Halle (Saale); F. H. Krause, Halle (Saale).

Für das Mittagsmahl des bürgerlichen Haushaltes verwendet die sparsame Hausfrau Salzgemüse wie: Rotkohl, Weißkohl, Wirsingkohl, Spinat, Möhren, Bohnen, die sie bei jedem Kleinhändler beziehen kann.

Vertreter
Robert Althammer; August Claassen, Rich. Wagnerstr. 15; Gustav Franke, Inh.: Emil Wege Nachfolger.

Weitere Vertreter: Karl Grosse, Halle-Trotha; Wilhelm Ludolffs, Marienstr. 11; Karl Rinck, Königstr. 18; Karl Weisse, Kleiststr. 32. *340

Arbeitsmarkt

Arbeiter werden eingestellt. F. Krähenberg, Trotha.

Maurer
finden dauernde Beschäftigung.
Logis und Kost am Orte. *337
Baugeschäft Strich, Steuden.

Steinmetzen 1500
für dauernde Sommer- und Winterarbeit gesucht.
Wilhelm Meurer, Steinmetz- u. Bildhauerwerkstätten, Harz 6.

Für sofort wird ein mit dem Gemeinde-Verwaltungswesen vertrauter
Gemeindesekretär
gesucht.
Bewerber wollen sich nur schriftlich mit Zeugnissen u. Gehaltsansprüchen an den Gemeindevorsteher zu Passendorf, Kreis Merseburg, wenden. *349

Bekanntmachung.
Die Stelle eines städtischen Kämmerers und Sparkassenrendanten ist sofort zu besetzen.
Bedingungen: Doppelte Buchführung, sichere Kassenberechnung, bewandert im Steuer- und Kommunalwesen und kautionsfähig.
Anfangsgehalt 1800 Mark und die gesetzlichen Teuerungszulagen.
Bewerbungsschreiben sind zu richten an den Magistrat Sandersleben. *345

Großstück-Schneider,
auf Werkstatt,
sucht 493
S. Weiss
Halle (Saale),
Leipzigerstraße 105/6.

Wirtschafterin,
40—45 Jahre alt, die mir meine Wirtschaft führt, und meinen drei unerzogenen Kindern d. Mutter ersetzt, gesucht. Frauen, die mit den Verhältnissen e. Landarbeiterfamilie zufriedenfind, wollen sich melden bei August Ruda, Niederreichstädt (Bez. Halle a. S.). *341

Mädchen erhalten Stelle für Stadt und Land. 558 Emilie Hagelgans, gewerbsmäßige Stellenvermittlerin, Halle, Leipzigerstr. 4.

1 tüchtiger, selbständiger Feuerschmied, *318 f. Winkel- u. Bördelarbeit.,
1 tüchtiger, selbständiger Autogen-Schweißer
und mehrere selbständige Kesselschmiede,
sof. für dauernde Arbeit ges. Röhring, Aktiengesellschaft, Maschinenfabrik, Landsberg, Bez. Halle.

Großes Schulmädchen, täglich 2—3 Stund., gesucht. 587] Dachrinnstr. 2, Hof.

Fahren aller Art werden ausgeführt. 582 Burckhardt, Angerweg 5. Telephon 1518.

Stadtverordnetenwahl.
Kriegsbeschädigte, Kriegerwitw., Kriegerwaisen!
Wer allein kann unsere wirtschaftlichen Interessen im Stadtparlament künftig am besten vertreten? —
Nur diejenigen, die es täglich am eigenen Leibe erfahren, was es heißt, Kriegsbeschädigter oder Kriegshinterbliebener zu sein.
Daher ist von den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen in Halle für die Stadtverordnetenwahlen eine besondere Liste Kriegsbeschädigter aus allen Berufsständen aufgestellt. Die Liste beginnt mit dem Namen:
Bartels, Alfred, Buchdruckereibesitzer.
Politisch keiner Partei angehörend, religiös neutral, vertreten sie nur die wirtschaftlichen und kommunalen Interessen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.
Ihr kriegsbeschädigten Männer! Ihr kriegshinterbliebenen Witwen! Ihr Kriegerwaisen!
Jetzt ist die Gelegenheit geboten, eure Zukunft selbst zu schmieden! — Steht fest zusammen! Werdt für unsere Liste und wählt geschlossen am kommenden Wahltage die
Liste Bartels. 592

Gewindeschneiden.
Ein praktisches Hilfsbuch für Dreher mit vollständigen Tabellen, für alle vorkommenden Drehbänke und Gewinde
Preis Mark 3.00.
Porto 10 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Halle a. d. S., Harz 42/44.

Fensterflügel,
eis. Stallfenster, Haustüren, Heusöfen, Stollenhölz., 8mal 8 cm stark, Bretter und verschied. mehr, verk. *351
Artur Lindner,
Melanchthonstraße 45, am Rannisch. Platz, Fernspr. 1450

Korsetts von selbstgelieferten Stoff, fertigt schnell u. preiswert an. M. Krähnert, Blumenthalstr. 26. 591

Praktischer Wegweiser
empfehlenswr. Einkaufsquellen
Bitterfeld
H. Richter, Kaiserstr. 1 Uhren, Goldwaren, Optik Reparaturwerkstatt.
A. Röbel Kolonialwaren Innere Rannischestr. 46
Oswald Sucher, Kaiserstr. 8 Schlosserei, Zeisiger Stahlwaren.
L. Trabitzsch Cigarr., Cigaretten. Kaiserstr. 56.
Delitzsch
E. Preller, Manufakturwaren.
M. Rieselar Kinderwag. Korbwaren
Hettstedt
S. Rosenberg Konfektion und Manufakturwaren
Merseburg
Th. Ebert Entenplatz 13, Mechaniker, Optiker
Torgau
Kolonial- und Eisenwaren Farben und Sämereien kauft man sehr günstig bei
Herm. Leibnitz

Wie werde ich versorgt?
bei einer aus Anlaß des Krieges erlittenen Beschädigung
Ein Merkbuch für jeden Krieger bis zum Feldwebel aufwärts.
Preis 1 Mk. Porto 5 Pf.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle, Harz 42/44.

Wie wir belogen wurden.
Die amtl. Irreführung des deutschen Volkes.
Preis 4 Mk. Porto 25 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung.
Halle a. S., Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191904 24-14/fragment/page=0007

Soeben eingetroffen:

ca. **2000** Meter
Prima Elsässer
Baumwoll-Musselin
80 cm breit
in vielen modernen Mustern, Mtr. 12.75 11.75
9.75

ca. **5000** Meter
Prima Elsässer
Baumwoll-Flanell
80 cm breit
in vielen modernen Streifen, Meter
12.75

Brummer & Benjamin

Grosse Ulrichstrasse 22/23. 581

Amtliche Bekanntmachungen.

Der Verkauf von **Graupen** beginnt am Freitag, **den** 25. April 1919. Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund Graupen oder Graupengrütze abgegeben **werden**. Der Verkaufspreis beträgt 44 Pfg. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Graupen einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von **Kolonialwaren** in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 303 des Warenbezugscheines 21.

Halle, den 24. April 1919. **Der Magistrat.**

Ausgabe von Heringen

auf Bezugschein Nr. 64 des Lebensmittelheftes am Montag, den 28. April 1919. Auf den Kopf der Bevölkerung wird je ein Hering zum Preise von 40 Pfg. zugeteilt.

Abgabe der Bezugscheine am Donnerstag, den 24. und Freitag, den 25. April, bis abends 6 Uhr. Einreichung der Forderungsnachweise durch die Verkaufsstellen bis Sonnabend, den 26. April, früh 9 Uhr. Ablieferung der eingenommenen Quittungsabschnitte am Mittwoch, den 30. April früh an die städtische Lebensmittelverteilung, Gr. Ritterstraße 5.

Merseburg, den 23. April 1919.
L. A. II. 1100/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Ausländisches Weizenmehl.

Unter Bezugnahme auf unsere Anordnungen, betr. ausländisches Weizenmehl, wird folgendes bestimmt:

1. Auf die jeweilig geltenden Marken für Auslandsmehl **kann** — entsprechend einer Anweisung der Reichsgetreidestelle — statt Auslandsmehl inländisches 94prozentiges Roggen- oder Weizenmehl in den Verkaufsstellen entnommen werden.
2. Die Mehlkleinhändler (**Mehlhändler, Bäcker, Konsumvereine**) haben die eingenommenen Auslandsmehlmarken, auf die sie Inlandsmehl abgegeben haben, der Brotmarkenannahmestelle, Dreyhauptstraße 4, besonders zu bezeichnen.

Halle, den 22. April 1919. **Der Magistrat.**

Städtischer Verkauf von Kerzen

in der Talamtschule, am Freitag, den 25. April 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 53500 bis zurück 48001 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 48000 bis zurück 43501 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jeden Haushalt der vorgenannten Lebensmittelscheine kann, sofern er eine Bescheinigung vorlegt, daß ihm Gas oder elektrisches Licht nicht zur Verfügung stehen, eine Kerze abgegeben werden.

Halle, den 24. April 1919. **Der Magistrat.**

Städtischer Verkauf von Roßfleischkonserven

in der Talamtschule, am Freitag, den 25. April 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nr. 8001—13500, vormittags von 8 bis 12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 13501—19500, nachmittags von 2—6 Uhr, sofern sie bei der vorhergehenden Verteilung von Roßfleischkonserven noch nicht beliefert sind. An Haushalte mit 1 bis 2 Personen kann eine Einkilodose, an Haushalte mit 3 bis 4 Personen, kann eine Zweikilodose, an Haushalte mit 5 bis 6 Personen kann eine Einkilodose und eine Zweikilodose usw. abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt für eine Einkilodose 7.40 Mark. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 24. April 1919. **Der Magistrat.**

Auf Grund der §§ 3 und 4 der Bundesratsverordnung über Ersparung von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln vom 16. Dezember 1916 wird hiermit unter Zustimmung des Regierungs-Präsidenten in Merseburg für den Stadtkreis Halle bis zum 30. September 1919 angeordnet:

§ 1. Gast-, Speise-, und Schankwirtschaften, Kaffeehäuser, Theater, Lichtspielhäuser, Räume, in denen Schaustellungen stattfinden, sowie öffentliche Vergnügungsstätten aller Art sind um 11½ Uhr abends zu schließen. Das gleiche gilt von Vereins- und Gesellschaftsräumen, in denen Speisen und Getränke verabreicht werden.

§ 2. In den unter § 1 genannten Räumen dürfen während der Dunkelheit nur ⅓ der beim Inkrafttreten dieser Verordnung vorhandenen Beleuchtungsmittel zur Beleuchtung verwandt werden.

§ 3. Die Beleuchtung der in § 1 genannten Räume ist spätestens um 11¾ Uhr abends zu löschen, mit Ausnahme der Zimmer der Gastwirtschaften, in denen Fremde übernachten.

§ 4. Die vom Reichskommissar für die Kohlenverteilung bezw. dessen Vertrauensmann erlassenen Bestimmungen über Gassperre usw. und die Polizeiverordnung vom 1. Februar 1907 über die Dauer von öffentlichen Veranstaltungen und solchen Vergnügen und Unterhaltungen, welche geeignet sind, die Nachtruhe zu stören, werden durch diese Verordnung nicht berührt.

§ 5. Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.

§ 6. Die den gleichen Gegenstand betreffende Verordnung vom 28. Januar 1919 wird aufgehoben.

Halle, den 22. April 1919. **Die Polizeiverwaltung.**

Fabrikarbeiter-Verband Könnern.

Sonnabend, den 26. April, abends 8 Uhr,
im Bürgergarten:

Versammlung.

Da wichtige Punkte zu erledigen sind, ist das Erscheinen aller Kollegen dringend erwünscht. *338

Die Ortsverwaltung.

Städtischer Verkauf von Heringen

in der Talamtschule, am Freitag, den 25. April 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 53500 bis zurück 48001 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 48000 bis zurück 43501, nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann ein Hering zum Preise von 40 Pfennig abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 24. April 1919. **Der Magistrat.**

Seefisch-Verkauf.

Der Verkauf von Seefischen wird am Freitag vormittag in den einschlägigen bekannten Geschäften fortgesetzt. Für jede Person eines Haushaltes kann ca. ein halbes Pfund abgegeben werden. Die Preise der einzelnen Sorten sind in den Geschäften deutlich sichtbar angebracht. Der Verkauf erfolgt auf Warenbezugschein 20, Abschnitt 291. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 3001-4000 u. 69001-70000. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

Halle, den 24. April 1919. **Der Magistrat.**

Infolge der augenblicklichen Knappheit an Grudekoks wird angeordnet, daß auf die Abschnitte Nr. 11 und 12 des jetzt gültigen Grudebezugscheines Nr. 11 an Stelle von Grude eine gleiche Menge Briketts aushilfsweise geliefert werden können.

Halle, den 23. April 1919. **Ortskohlenstelle.**

Ausgabe von neuen Einkaufscheinen über Molkereierzeugnisse.

Vom Montag, den 28. April, bis Sonnabend, den 3. Mai, werden in den städtischen Markenausgabestellen zugleich mit den Brotmarken für Kinder vom vollendeten 6. bis 12. Lebensjahre neue Einkaufscheine über Molkereierzeugnisse ausgegeben. Bei der Abholung der Einkaufscheine sind vorzulegen: a) der Lebensmittelschein des Haushalts, dem der Versorgungsberechtigte angehört, b) der Stamm des alten Einkaufscheines, c) ein Altersnachweis der Kinder (Geburtsschein, standesamtliche Geburtsurkunde; die Vorlage des Impfscheines genügt nicht). Auf Grund der neuen Einkaufscheine hat in der Zeit vom 5.—8. Mai die Anmeldung zur Kundenliste bei einer der nachbenannten Milchverkaufsstellen zu erfolgen:

Beesenerstr. 1, Verkaufsstelle der Riemberger Molkerei; Beesenerstr. 68, Milchhändlerin Schwenke; Brandenburgerstraße 10, Milchhändlerin Pötschke; Große Brunnenstr. 16, Milchhändlerin Jäckich; Gr. Brunnenstraße 36, Milchhändlerin Meinhardt; Gr. Brunnenstraße 54, Milchhändlerin Ebert; Delitzscherstr. 10, Milchhändler Ende; Dieskauerstraße 6, Milchhändler Kraneis; Forsterstr. 38, Milchhändler Schenkling; Freiimfelderstr. 8, Verkaufsstelle der Merbitzer Molkerei; Glauchaerstr. 15/16, Verkaufsstelle der Hallischen Molkerei; Gr. Gosenstr. 17, Molkereibesitzer John; Gr. Gosenstr. 21, Milchhändler Hinsche; Goethestraße 13, Milchhändlerin Rinke; Grünstr. 12, Milchhdlr. Schönherr; Humboldtstr. 48, Milchhändler Rast; Kellnerstraße 8, Milchhändler Wetzel; Körnerstr. 31, Milchhdlr. Kunze; Lerchenfeldstr. 22, Milchhändler Krebs; Lindenstraße 52, Verkaufsstelle der Riemberger Molkerei; Ludwigstraße 26, Milchhändler Brockhaus; Martinstr. 11, Verkaufsstelle der Riemberger Molkerei; Nikolaistr. 12, Molkereibesitzer Arndt; Rannischestr. 20/21, Verkaufsstelle der Riemberger Molkerei; Rud. Haymstr. 35, Molkereibesitzer Scharfe; Schülershof 11, Milchhdlr. Harnisch; Gr. Steinstraße 41, Milchhdlr. Eilenberg; Streiberstr. 29, Milchhdlr. Hopfeld; Spitze 8, Milchhdlrin. Stein; Kl. Ulrichstr. 26, Molkereibes. John; Volkmannstr. 3a, Milchhdlr. Berger; Volkmannstr. 11, Milchhdlr. Pfeiffer; Weißenburgerstr. 12, Bergholz; Wielandstr. 30, Milchhdlrin. Pötschke.

Bei der Anmeldung ist der Lebensmittelschein und der neue Einkaufschein über Molkereierzeugnisse vorzulegen. — Die Haushaltungen bleiben an das jetzt gewählte Geschäft solange gebunden, bis eine Neuauflage der Kundenliste angeordnet wird. Vorher kann ein Wechsel nur ausnahmsweise genehmigt werden. In diesem Falle ist zunächst die Abmeldung bei dem bisherigen und sodann die Neuanmeldung bei dem neuen Milchhändler vorzunehmen.

Die Milchhändler haben eine Abschrift ihrer Kundenliste bis spätestens 13. Mai dem Stadternährungsamt Abt. II einzureichen.

Der Verkauf auf die einzelnen Abschnitte des Einkaufscheines ist nur an den Tagen zulässig, an denen die Abschnitte aufgerufen sind. Ein nachträglicher Verkauf findet nicht statt; die Abschnitte verlieren mit dem Tage, an welchem sie aufgerufen sind, ihre Gültigkeit.

Halle, den 24. April 1919. **Der Magistrat.**

Kropfkröpfe u. Bulst vernichtet **Lauke** 3fach stark geruchlos
Flasche 2.75 Mark, zur Kur ausreichend, in Apotheken und Drogerien zu haben. Wo nicht erhältlich, schreibe man an Neupharm, Hannover 46. *337

Den Festbedarf
Ansteckfachen, Eintritts- u. Garderobenblocks, Tanzabzeichen, humorvolle Kopfbedeckungen aus Papier u. Stoff, Maskenkostüme, Girlanden, Vereinsabzeich.,
Porträtnadeln,
pol. Postkarten u. Künstlerkarten, deckt man vorteilhaft bei *38
Rich. Lipinski, Leipzig,
Königstr. 12. Fernspr. 2309.

Kautabak,
allerfeinster Nordhäuser, gibt ab
H. Küsse, Halle a. d. S.,
537 Burgstraße 7.

!! Radfahrer !!
Ventil-Gummi
Gummilösung
Flick-Gummi
in prima Para!
H. BIEDER
nur Gr. Steinstrasse 35
Gummi-Laden. 465

:: Fahrräder. ::
Großer Posten neuer Damen- und Herren-Fahrräder mit Gummibereifung eingetroff.
Konrad Wurmstich. 562
Fahrradhandlung, Merseburgerstr. 163.

1 Breitbeil
zu kaufen gesucht.
Lotze. Dölau. *335

Möbel, Federbetten 95
kauft zu hohen Preisen
Frau Hornickel,
Gr. Klausstr. 18. Tel. 4314.

Rheumatismus-, Herzschwäche- u. Ischias- Leidenden gebe unentgeltlich Auskunft, wie ich von meinem 5jähr. Leiden befreit wurde. Anfragen Rückporto beifügen.
L. Peltzer, *39
Heiligenstadt, Eichsf.

Ratgeber für deutsche
Auswanderer
Preis M. 1.45 frei Nachn.
Volksverlag f. Politik u. Verkehr Stuttgart (P), Alexanderstr. 25. *319

Kaninchenfelle
zum Zurichten und Färben nimmt an
78 **Solfrian, Zöllbergerweg 7.**

Ansichts-postkarten empfiehlt die Volksbuchhandlung

Deutscher Bauarbeiterverband

Zweigverein Halle.

Sonnabend, den 26. April, abends ½8 Uhr, im Volkspark (Kolonnade):

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. **Bericht über die Tarifverhandlungen.**
2. **Maifeier.**
3. **Gewerkschaftliche Angelegenheiten.**

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist unbedingt erforderlich. Auch die Mitglieder der einzelnen Sektionen haben sich an den Versammlungen zu beteiligen.

Die Ortsverwaltung.

Folgende Kollegen müssen ihre Bücher im Bureau abholen:
Hartwig, Herm., übergetreten vom Transportarb.-Verb.,
Hatzki, Walter, übergetreten vom Fabrikarb.-Verband,
Koch, Emil, Maurer, geb. 30. 3. 1892,
Müller, Max, Maurer, geb. 6. 9. 1871,
Bückhardt, Gottfr., Bauarbeiter, geb. 18. 11. 1855,
Heinrich, Karl, Bauarbeiter, geb. 14. 12. 1868,
Hentze, Karl, Jugendabt., geb. 17. 8. 1904. 594

Achtung! Achtung!

Städt. Arbeiter u. Arbeiterinnen

Freitag, den 25. ds. Mts., abends 7½ Uhr, in Wilsdorfs Konzerthaus, Karlstraße:

Oeffentl. Protest-Versammlung

Tagesordnung:

Wie stellen wir uns zu der Ablehnung des Magistrats der von uns eingereichten Lohnforderung. 577

— Das Erscheinen aller ist Pflicht. —

Die Filialleitung des Verbandes der Gemeinde- und Staats-Arbeiter.

Deutsch. Metallarbeiterverb., Verwaltg. Merseburg.

Sonntag, den 27. April, nachm. 2 Uhr, im Restaurant „Kasino“ (großer Saal):

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: *346

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1919.
2. Stellungnahme zur Wahl des 1. Geschäftsführers.
3. Aufstellung von Kandidaten zum 10. Gewerkschaftskongreß. Beschlußfassung über die Wahllokale.
4. Bericht vom Gewerkschaftskartell.
5. Gewerkschaftliches.

Kollegen und Kolleginnen, in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen Pflicht. **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdem. Verein Eilenburg.

Sonnabend, den 26. April, abends 7 Uhr, in der Quelle:

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Rätekongreß. 2. Beitragserhöhung. 3. Verschiedenes.

Zahlreichem Besuch sieht entgegen
*347 **Der Vorstand.**

Zuschußkasse Meißen

Zahlstelle Halle-Nord.

Sonntag, 27. April, vormittags 10 Uhr: **Mitglieder-Versammlung** in Wiebachs Restaurant, Körnerstraße 24.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Geschäftliches.

Die vom Heer entlassenen Mitglieder wollen sich unverzüglich wieder anmelden. 585

Die Lokalverwaltung: J. A. Max Lehmann.

Hierdurch beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, daß ich mit dem heutigen Tage in *339
Dölau, Lettinerstrasse 34, eine
Bau- und Möbeltischlerei
sowie Sarglager
errichtet habe. Mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, zeichnet
Hochachtungsvoll **Karl Hummel.**

Mode-Zeitungen in grosser Auswahl.
Volksbuchhandlung Halle, Harz 42/44.

Ziehung 6. Mai — Ziehung 13. Mai
Rote Kreuz Los 3.30 ℳ — **Deutschland Spende**
5 Lose mit Porto u. Liste ℳ 16.50 — Los 3.30 ℳ Porto u. Liste 45 ₰ extra
100000 75000
50000 30000
30000 20000
A. Eulenberg Kr. Lotteriebank, Elberfeld N Z. 7.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190424-14/fragment/page=0008